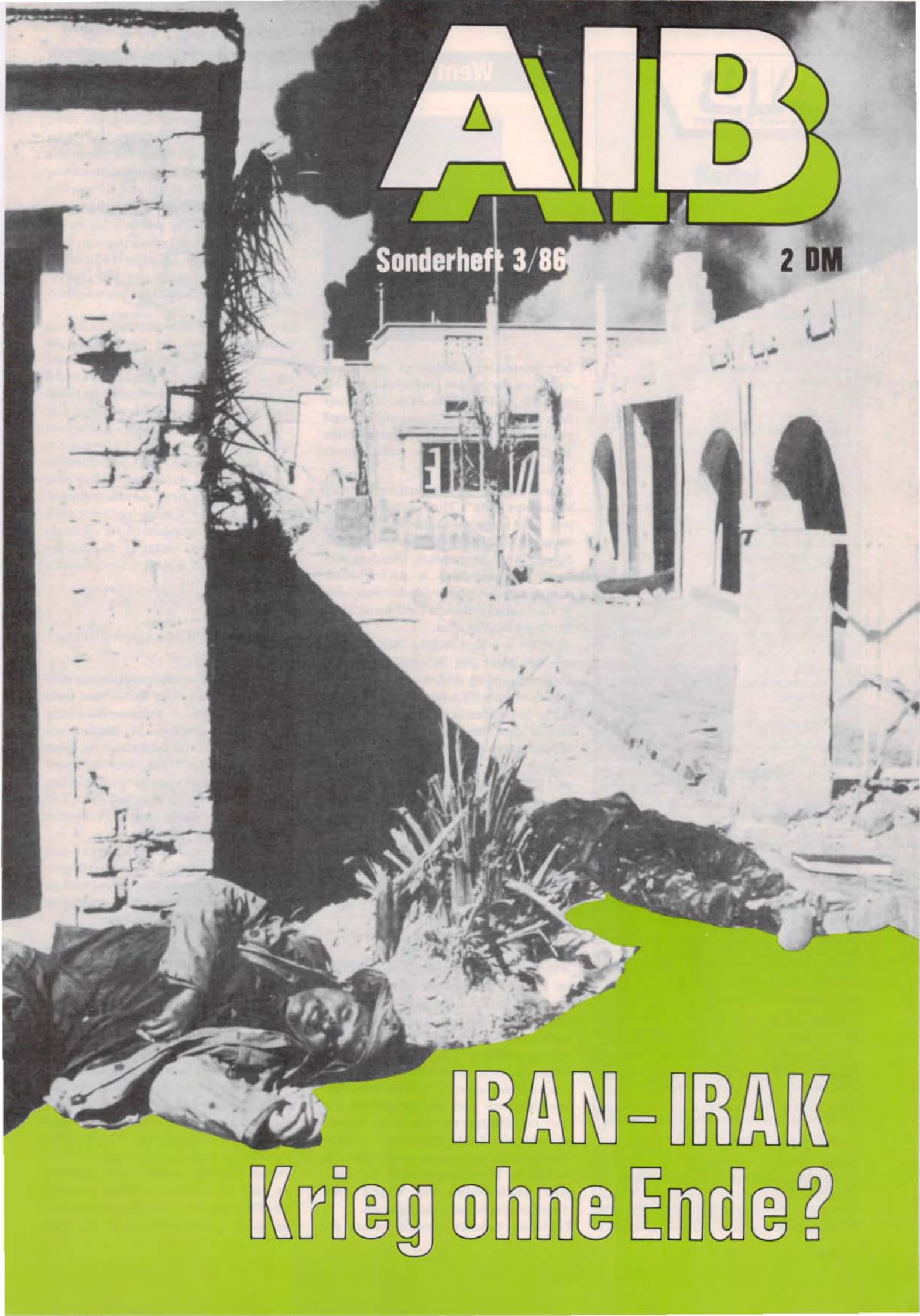


AIB

Sonderheft 3/86

2 DM



**IRAN - IRAK
Krieg ohne Ende?**

Inhalt

<i>Wolfram Bröner</i> Wem nutzt der Krieg Iran-Irak	26/II
<i>Bettina Bouresh</i> Der Golfkrieg im siebten Jahr - eine Zwischenbilanz	28/V
Vergleichsdaten Iran-Irak	30/VI
Einsatz von C-Waffen	32/VIII
Resolution 582/Februar 1986 des UN-Sicherheitsrats	33/IX
<i>Jürgen Reents</i> Rüstungsexporte verlängern den Krieg!	35/XI
<i>Erklärung des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg</i> Den Krieg sofort beenden!	36/XII
<i>BUKO-Kampagne</i> „Stoppt den Rüstungsexport!“	41/XVII
<i>Nima Mina</i> Ungewisse Zukunft der Islamischen Republik - Innenwirkungen des Golfkriegs im Iran	42/XVIII
<i>Dieter Falk</i> Die Kurdenbewegung zwischen vielen Feuern	46/XXII
Wer sind die Kurden?	49/XXV

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Weitere Mitarbeiter: B. Bouresh, Nima Mina

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/Main., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto), Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Preis der Sonderhefte/Nebenblätter 2, DM. Bei Abnahme von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

Redaktionsschluß: 3. 7. 1986

Anzeigen: pad

Fotonachweis: The Middle East, Time, South, USNWR, Kayhan, AIB-Archiv

Titel: Straßenszene in Fao nach der Eroberung durch die Iraner

Wem nutzt der Krieg Iran - Irak ?



Seit September 1980 wogt nun schon der Krieg der beiden Ölstaaten Iran und Irak hin und her. Ein Ende dieses seit dem Indochinakrieg langwierigsten und zerstörerischsten zwischenstaatlichen Konflikts zeichnet sich noch immer nicht ab.

Angesichts der gigantischen Verluste an Menschen (über 1 Mio Tote und Krüppel) und Material, angesichts der fortwährenden Gefahr einer Ausweitung des Krieges auf die gesamte Ölregion und darüber hinaus muß es nachdenklich stimmen, daß hierzulande von der Schlacht am Persischen Golf kaum noch Notiz genommen wird.

1979/80 war dies anders. Damals rückten der Sturz des Schah-Regimes, die Dauerbelagerung der verlorenen Bastion Iran durch die USA und dann das sowjetische Eingreifen in Afghanistan das Gebiet in den Mittelpunkt des weltpolitischen Interesses.

Damals taten die herrschenden Kreise und Medien der NATO-Allianz alles, um mit diesen breit ausgeschlachteten Szenarien ihren Schwenk zum globalen Konfrontationskurs, zur Stationierung neuer Atomraketen Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa zu rechtfertigen.

Bagdad zum Angriff ermuntert

Während die Afghanistankrise als „Pfahl im Fleische der Sowjetunion“ (F. Mitterrand) weiter kräftig mit angerührt wird, ist eine der ausschlaggebenden Ursachen des Golfkrieges der Vergessenheit anheim gefallen:

Ohne die seit dem Herbst 1979 auf Hochtouren laufende antiiranische US-Interventions- und Boykottpolitik, um dort ein gefügiges neokoloniales Regime und die alte US-Militärpräsenz wiederherzustellen, sowie ohne insgeheime Zustimmung Washingtons wäre das irakische Baath-Regime das Wagnis eines Angriffskrieges kaum eingegangen. Präsident Saddam Hussein suchte die

Gunst der Stunde zu nutzen, um seine Ansprüche auf die iranische Hälfte des Shatt al-Arab, die iranische Ölprovinz Khuzistan und auf die Vormachtstellung am Persischen Golf geltend zu machen (siehe AIB 11-12/1980 und 1/1981). Die irakischen Eroberer drangen bis zu 60 km auf feindliches Territorium vor, wurden aber seit der im März 1982 eröffneten Gegenoffensive des Iran schubweise auf die Grenzlinie zurückgetrieben.

Die iranischen Streitkräfte besetzten ihrerseits gegnerisches Territorium, zuletzt 1986 den Brückenkopf Fao. Heute verfolgt Teheran das expansionistische Kriegsziel, das irakische Regime zu beseitigen und durch ein islamisches, d.h. schiitisches Regime nach iranischem Muster zu ersetzen. Das Khomeini-Regime stellt damit das Selbstbestimmungsrecht des irakischen Volkes über seine Regierung bzw. Gesellschaftsordnung in Abrede. Und es blockiert auch jeden Verhandlungsprozeß für einen gerechten Frieden, während Bagdad ihn befürwortet und seine Territorialansprüche fallen ließ.

Hochzeit der Rüstungsprofiteure

Angesichts des annäherungsweise militärischen Patts beider Seiten und ihrer wirtschaftlichen Selbstzerfleischung können die Regimes in Bagdad wie Teheran nur einen zweifelhaften, kurzlebigen „Nutzen“ aus dem Kriegszustand ziehen. Auf einer nationalistischen Woge können sie für eine begrenzte Zeit von den gravierenden inneren Problemen ablenken.

Und sie können das Kriegsrecht ausschlagen, um Schläge gegen die illegale demokratische Opposition und gegen die kurdische Nationalbewegung im eigenen Land auszuteilen.

Wo aber sind die wahren Nutznießer des iranisch-irakischen Krieges?

Zunächst einmal heizte der Golfkrieg die Konkurrenz unter den Erdölexportierenden Ländern kräftig an. Weiter führten die Entzweiung gerade des radikalen Flügels der OPEC und die Dezimierung seiner Ölwirtschaften zum relativen Stärkezuwachs der Saudis und der anderen konservativen Golfmonarchien.

Sie sind als Topexporteure und wegen ihrer Kapitalanlagen im Westen (1985 hielt Saudi Arabien noch immer 90 Mrd Dollar, Kuwait 75 Mrd Dollar, Emirate 35 Mrd Dollar) am ehesten imstande, den Ölpreisverfall und Einnahmeverlust der 80er Jahre aufzufangen. Der Irak

und der Iran, d.h. die einzigen Nichtmonarchien der Golfregion, sehen sich durch die Zerstörung ihrer ehrgeizigen Industrieprojekte (Wiederaufbaukosten ca. 200 Mrd Dollar!) und ihre finanzielle Auszehrung in ihrer wirtschaftlich-sozialen Entwicklung weit zurückgeworfen.

Zum anderen hat mit dem Krieg der Militarisierungsgrad der Golfanrainer die Weltspitze erklommen. Der Iran, der Irak, Saudi Arabien und der Oman haben trotz der Öleinnahmeverluste ihre Rüstungsbudgets nicht gekürzt, sondern sie allesamt auf über 30% ihrer Staatsausgaben erhöht.

Frühzeitiger US-Gewalteinsatz

Allen voran die Rüstungskonzerne der NATO-Mächte profitieren durch Waffenverkäufe in Zig-Mrd-Dimensionen.

Bundesdeutsche Firmen wie MBB, Rheinmetall, Daimler-Benz, Magirus usw. lieferten – teils auf Schleichwegen oder in Gemeinschaftsproduktion – in großem Stil mit, darunter Hubschrauber, TAM-Panzer, elektronisches Gerät und Transportfahrzeuge an beide Kriegsparteien (siehe J. Reents); letztere im Wert von je über 6 Mrd DM.

Zuletzt haben der „Tankerkrieg“ und der iranische Vorstoß dicht an Kuwait heran neue Anstöße für gigantische Aufträge der Saudis gegeben: Der bundesdeutschen Rüstungsindustrie fiel die Lieferung einer Munitionsfabrik mit modernstem Know how im Wert von über 12 Mrd DM oder ein Anteil von 42% am 7-Mrd-DM-Geschäft mit den Kampfflugzeugen Tornado zu.

Der wohl größte Brocken aber steht den US-Konzernen ins Haus, die über 1.500 Raketen (Stinger, Sidewinder, Harpoon), hunderte Kampfpanzer M1A1 Abram und fünf Luftüberwachungsstationen AWACS (5,8 Mrd Dollar) an die Saudis liefern.

US-Exportgut für die Saudis: schultergestützte Stinger-Luftabwehrraketen



Desweiteren bot der Golfkrieg Washingtons regionalem Hauptverbündeten Saudi Arabien die Gelegenheit, die anderen Ölscheichtümer (Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Bahrain, Oman und m.E. Kuwait) über den 1981 gegründeten Golfirat unter seiner Regie zusammenzuschließen.

Dies wiederum begünstigte das Vorhaben des Pentagon, sich als „Schutzmacht“ der vom Golfkrieg, vom islamischen Revolutionsexport des Iran und vom „sowjetischen Expansionismus“ angeblich gleichermaßen „bedrohten“ Golfmonarchien anzudienen.

Jede Zuspitzung im Golfkrieg lieferte Washington einen Vorwand mehr, um ihnen seine militärische „Hilfe“ aufzudrängen. Das aber heißt in Wahrheit, die eigene Militärpräsenz im „vitalen US-Interessengebiet“ Golf (so J. Carter 1980) stetig auszubauen, um sie nötigenfalls zum direkten US-Gewalteinsatz zu gebrauchen.

Zielstrebig nutzten sodann die globalen Interventionsverfechter der Reagan-Administration den Dauerkrieg Iran-Irak:



Ausweitung der Eingreiftruppe auf neuerdings über 400.000, der Schaffung eines Zentralkommandos Südwestasien (CENTCOM, vorgeschobene Einheit des Hauptquartiers an Bord der „La Salle“ im Golf!), Stationierung von AWACS in Saudi Arabien, Pressionen auf die Golfmonarchen, der US-Eingreiftruppe noch mehr Stützpunkt-Nutzungsrechte zuzugestehen, Ausstattung der US-Kriegsflotte in Südwestasien mit Cruise Missiles und anderen atomaren Trägerwaffen usw.

Hieran wird deutlich, daß es der Reagan-Administration heute um zwei Kernziele geht: einesteils darum, ihre Fähigkeiten zur direkten Militärintervention um der

Wahrung der westlichen Ölmultiinteressen und des sozialen Status quo Willen zu optimieren; andernteils die Verlegung einer möglichst großen Zahl von US-Kampftruppen und von atomaren Waffensystemen nach Südwestasien.

In der Tat ist die Region in den Pentagonplänen wegen ihrer Nähe zur Sowjetunion zur dritten strategischen Zone, sprich zum Aufmarschgebiet für den atomaren Erstschlag geworden. Das Leitlinien-Dokument 1984-88 betont, daß man sich künftig „mit Gewalt Zugang zu verschaffen und nicht erst auf die Einladung durch eine befreundete Regierung zu warten“ habe.

Und C. Weinberger rückt klar, daß „unser Gesamtstrategie gegen einen sowjetischen Zugriff auf die Ölfelder des Persischen Golfes einen frühzeitigen Einsatz von US-Streitkräften erfordert“. Also im Klartext auch „Vorbeuge“-Schläge, Ersteinsatz...

In der denkbar engen Verzahnung des Interventionismus der USA gegen Befreiungsprozesse in der Ölregion mit ihrem atomaren Erstschlagsplan gegen die UdSSR steckt denn auch das größte Ge-

fahrenmoment jeder Eskalation des Golfkrieges. Nicht nur wegen der Schreckensbilanz des iranisch-irakischen Krieges, nicht nur wegen der Schädlichkeit der (BRD-)Waffenexporte sind die Friedenskräfte hierzulande zum stärkeren Engagement für einen Verhandlungsfrieden gefordert. Sie müssen auch stärker in Rechnung stellen, daß durch die Reagan-Administration die Übergänge vom Regionalkrieg in Südwestasien zum weltweiten atomaren Schlagabtausch fließend werden.

In diesem Kontext ist es mehr als irreführend, den Anteil der UdSSR am Golf-Konfliktgeschehen mit dem der Westmächte gleichzusetzen. Die ohnehin mit

der Afghanistankrise belastete UdSSR konnte kein Interesse an einem zusätzlichen Konfliktherd an ihrer Südgrenze hegen. Sie wandte sich denn auch 1980 offen gegen den Aggressionskrieg des Irak, stoppte trotz des Freundschaftsvertrags (1972) die Waffenhilfe für den Irak und drängte ihn auf einen gerechten Verhandlungsfrieden.

Desinteresse an Friedenspflichten

Ob es richtig war, daß Moskau die Waffentlieferungen nach der Kriegswende 1982, nun in geringerem Umfang, an den Irak wiederaufnahm, sei dahingestellt. Im Gegensatz zu den USA aber hat sie keine Kriegsflotte, keine Eingreiftruppen o.ä. in die Region entsandt, macht sie keinerlei Ansprüche auf Ölquellen oder Kapitalien der Golfstaaten geltend.

Die Sowjetregierung hat auch, anders als die Westmächte, einen frühzeitigen Vorstoß zum Stopp des Krieges Iran-Irak und zur Entmilitarisierung der Golfregion unternommen. Im Dezember 1980 hatte Leonid I. Breschnew vor dem indischen Parlament in einem Friedensvorschlag, adressiert an die Westmächte, die Golfländer u.a., die gegenseitige Verpflichtung vorgeschlagen: Verzicht auf



Saudi-Arabien-Besuch Kohls 1983

jegliche ausländischen Militärbasen und Atomwaffenstationierung, keine Androhung von Gewalt oder Einmischung in innere Angelegenheiten, Respektierung der Souveränitätsrechte über die Naturreichtümer (Öl!) usw.

Jene Initiative wie die kürzliche Erinnerung Moskaus daran, stießen bei den Verantwortlichen in den USA und Westeuropa auf taube Ohren. So nicht zuletzt auch bei den Golfkriegsgewinnlern in Bonn.

Mit der engeren Einbindung der BRD als Drehscheibe für US-Interventionseinsätze in der Ölregion (WHNS-Abkommen, AirLand Battle 2000 im Jahr 1982) und mit dem von Kohl forcierten Rüstungsexportboom in das Kriegsgebiet leistet man dort einen nicht unerheblichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Spannungszustandes. Wenn der CDU/CSU-Fraktionsvizevorsitzende Hauser in der Bundestagsdebatte vom Oktober 1985 diesen Beitrag als „friedenssichernd“ wertete, so dürfte er seinem Bundeskanzler Kohl im Mai 1983 wohl nicht richtig zugehört haben.

Kohl damals: „Die Verständigung über die Einbeziehung von Fragen des Verteidigungsbereichs (in die Kooperation mit Saudi Arabien; d. Red.) ... ist Ausdruck unseres vitalen Interesses an der Stabilität der Golfregion, das wir mit dem gesamten Westen teilen. Die USA, Frankreich und Großbritannien tragen diesem Interesse durch enge Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung bereits Rechnung.“

Die Politik der „vitalen Interessen“ der selbsternannten „Schutzmacht“ USA, d.h. ihr Aufmarsch in der Region Südwestasien gedeiht nun einmal nur in einer konfliktbeladenen Atmosphäre.

Wolfram Brönnner

Siegfried Pater / Torsten Striepke
ENTWICKLUNGSPOLITIK NACH DER WENDE

pad

Nikolaus Koch:
KIRCHE UND REVOLUTION

Inhalt: Zur Theologie der Befreiung - Die christliche Art Krieg zu führen - Kopernikanische Wende der politischen Theologie, Was ein christliches Konzil heute zur Kriegs- und Obrigkeitsfrage sagen müßte - Kirche und Revolution - „... völlige Bereitschaft ...“ - Zur Weltrevolution ohne Waffen
63 Seiten, 6,- DM

Die Papstkirche brauchte fünfhundert Jahre, ehe sie die weltrevolutionäre Funktion des christlichen Glaubens durch illusionäre Heilsansprüche hindurch zu entdecken begann. Zögerlich erkennt sie die Christlichkeit reformatorischer Glaubensöffnung an. Mehr aus politischer Not als aus Einsicht übernimmt sie die unvergänglichen Errungenschaften der liberalen Revolution. Als letzter böser Feind bleibt ihr nur noch der weltrevolutionäre Marxismus. Auf ihn konzentriert sie allen klerikalen Haß. Nachdem sie tausend Jahre Partei für etablierte Gewalt genommen hat und die christliche Weise, ohne Gewalt stark zu sein, zum Kanzelmärchen machte, predigt sie nun den Opfern etablierter Gewalt Gewaltverzicht.

Bestellung und Informationen (sowie ein Gesamtverzeichnis kritischer Lesebücher und Unterrichtsmaterialien) bei:

pad Postfach 120143 4600 Dortmund 12

Siegfried Pater / Torsten Striepke:
ENTWICKLUNGSPOLITIK NACH DER WENDE
224 Seiten, 19,80 DM

Dieses Buch versucht zum ersten Male, die seit der Wende im Oktober 1982 eingetretenen Veränderungen auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik systematisch zu erfassen und zu analysieren. Die Kritik der neuen Entwicklungspolitik, welche im Kern eine Verschärfung der von der sozial-liberalen Koalition eingeschlagenen Richtung entspricht geht von der Fragestellung aus, inwieweit diese wirtschaftliche Zusammenarbeit zu einer eigenständigen Entwicklung der Dritte-Welt-Staaten beitragen kann. Die Dominanz sicherheits-, außenwirtschafts- sowie beschäftigungspolitischer Kriterien läßt Hilfe zu einer breitenwirksamen eigenständigen Entwicklung nur als zufallsbedingtes Randprodukt erscheinen. Aus dem Inhalt: Interessenpolitik von Anfang an; Zur Geschichte bundesrepublikanischer Entwicklungshilfe / Rahmenbedingungen bei der Regierungsübernahme im Oktober 1982 / Mosaik und Puzzle - Die ungeschriebenen Ziele der neuen Konzeption / Am deutschen Wesen soll die Welt genesen - Die Wendepolitik im Detail / Wende bei der Durchführung / Das bundesdeutsche Förderungsinstrumentarium / Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit / Bilanz

Reinhold Hemker / Else Warns (Hrsg.):
"Dritte Welt" erfahrbar - oder:
Einmal leben wie in der "Dritten Welt"

pad - Postfach 120143 - 4600 Dortmund 12

Reinhold Hemker / Else Warns:
DRITTE WELT ERFAHRBAR ODER: EINMAL LEBEN WIE IN DER "DRITTEN WELT"
120 Seiten, A 4, Spiralbindung, 19,- DM

Im Bereich entwicklungsbezogener Bildungsarbeit gibt es kaum Modelle, die nicht primär kopflastig-kognitiv orientiert sind. Dies macht die Dokumentation des Projektes "Einmal leben wie in der Dritten Welt" besonders wichtig. Hier wurde versucht, durch eigenes Erleben und Erfahrung "am eigenen Leib" ansatzweise Grundelemente des täglichen Lebens in der Dritten Welt zu verstehen.

Aus dem Inhalt: Die Dritte Welt beginnt bei uns - Pädagogische Schlaglichter für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit / Überlegungen zu einer erfahrungsorientierten Religionspädagogik / Projektbeschreibung mit Reflexionen aus verschiedener Sicht / Transferversuch / Welchen Weg geht die entwicklungsbezogene Bildung?

Nikolaus Koch
KIRCHE UND REVOLUTION

pad





Triumphierende iranische Soldaten nach ihrer Eroberung der irakischen Halbinsel Fao

Bettina Bouresh

Der Golfkrieg im siebten Jahr

Am 22. September 1986 geht der zunächst als „Blitzkrieg“ des Irak gegen den Iran in Szene gesetzte Konflikt, der mittlerweile für die Regimes beider Länder immer mehr zum Kampf um Leben und Tod gerät, ins siebte Jahr. In der Weltöffentlichkeit, d.h. vor allem in den Medien, spielt der Krieg am Golf immer dann eine Rolle, wenn eine neue Offensive Bewegung in die erstarrten Fronten bringt.

Ansonsten fragen sich die Beobachter dieses trotz beispiellos brutaler Methoden und hoher menschlicher und materieller Verluste „vergessenen Krieges“, was zur Beendigung der Auseinandersetzung, mindestens aber zu einem Waffenstillstand führen könnte. Schlachten ohne Sieger, ein Krieg ohne Ende? Wer außer den Waffenhändlern profitiert davon?

Seit der Iran im Jahre 1982 mit der Zurücktreibung der irakischen Aggressortruppen hinter die Grenzen vor Kriegsbeginn eine Wende im Krieg mit Irak herbeiführen konnte, versuchte das Teheraner Regime seinerseits, mit immer neuen Offensiven die Initiative zu ergreifen.

Dies geschah mit dem Ziel, das Regime Saddam Husseins tödlich zu treffen. Seit 1983 nahmen diese Offensiven ab-

„Morgenröte“ 8 und 9

Pünktlich zum Jahrestag der „Islamischen Revolution“, im Februar dieses Jahres, setzten offenbar gut vorbereitete iranische Truppen neuerlich zum Sturm an.

Erstmalig gelang es iranischen Verbänden, geschätzt werden etwa 30.000 Mann, den Grenzfluß Shatt al-Arab zu überqueren und sich auf irakischer Seite

festzusetzen. Den Sommer über tobten die Kämpfe um die irakische Halbinsel Fao im äußersten Süden Iraks mit der gleichnamigen Hafenstadt, Iraks einzigem Zugang zum Golf.

Rein militärisch beschränkt sich der Erfolg der diesjährigen iranischen Frühjahrsoffensive „Morgenröte 8“, gefolgt von „Morgenröte 9“ im April d.J. weiter nördlich im Gebiet von Suleimaniyah, nicht weit von den irakischen Ölfeldern bei Kirkuk, darauf, dem anhaltenden militärischen Patt zwischen den Kontrahenten weitere Reibeflächen hinzuzufügen. An ihnen verschleißten sich die Armeen beider Länder auf der ca. 1.200 km langen Front.

Doch „Morgenröte 8“ zielte auf mehr als nur die Einnahme einer seit Beginn des Krieges geräumten irakischen Hafenstadt. Fao, von den Iranern trotz massiver irakischer Rückeroberungsversuche bis jetzt in einer der wahrscheinlich verlustreichsten Schlachten (bereits Ende

Mai gingen die Schätzungen von 50.000 Gefallenen, davon 70% Iraner aus) des gesamten Krieges gehalten, liegt nur wenige Kilometer von der kuwaitischen Grenze entfernt.

Die Eroberung dieses Brückenkopfes, wodurch der Irak vom Golf abgeschnitten wurde, war nur ein Ziel der iranischen Februaroffensive. Ein anderes bestand darin, im Falle von Verhandlungen den Brückenkopf als Faustpfand gegenüber Teheran ausspielen zu können. Ein drittes Ziel der Offensive bestand für den





Iraner beim Vorstoß durch die Howeiza-Sümpfe nahe Basra

Iran – nach einer Erklärung von Parlamentspräsident Rafsandjani beim Freitagsgebet vom 21.2.1986 – darin, den arabischen Golfanrainern, die seit Kriegsbeginn den Irak unterstützen, eine „massive Warnung“ auszusprechen.

Die darin enthaltene Drohung, den Krieg auszuweiten, ist nicht völlig neu. Durch den seit 1984 auf die internationale Schifffahrt im Persischen Golf ausgeweiteten „Tankerkrieg“ sind indirekt längst andere außer den beiden kriegführenden Ländern betroffen. Dabei wurden inzwischen an die 150 Öltanker, die entweder iranische oder arabische Golfhäfen anlaufen, von jeweils gegnerischen Flugzeugen bombardiert.

Bush: Intervenieren nach Bedarf

Doch mit jeder weiteren Eskalation im Kriegsablauf wachsen die Unwägbarkeiten. In der ohnehin angespannten Lage des Nahen und Mittleren Ostens können so „Zwischenfälle“ produziert werden, deren Folgen für die Region unabsehbar sind. Sie drohen zur direkten Verwicklung der USA und der Sowjetunion zu

führen.

2 Monate nach der Einnahme von Fao durch den Iran bereiste US-Vize-Präsident Bush 10 Tage lang einige enge Freunde der USA in der Golfregion, um die dortigen Regierungen des Pflichtgefühls der USA zu versichern, für die Stabilität der Golfländer zu sorgen.

In Oman waren die Schiffe der vor dem Golf kreuzenden US-Flotte, die Bush besichtigen wollte, nicht in Sichtweite der omanischen Küste erwünscht, weshalb Bush sich also per Flugzeug dorthin begeben mußte. In Bahrain hingegen, wo die USA einen eigenen Stützpunkt unterhalten, schlug er schärfere Töne an.

Washington werde nicht unbedingt warten, bis es gefragt würde, um zu intervenieren, wenn es ausreichend provoziert sei, erklärte Bush. Handeln, auf amerikanisch „action“, im Persischen Golf würde von der Art der Provokation abhängen.

Auf solches Handeln bereiten sich die USA vor, seit US-Präsident Carter 1980 den Golf zur „Region von vitalem Interesse für die USA“ erklärte. Eine Kette ausgebauter Stützpunkte zu amerikanischer Verfügung zieht sich von Ägypten über Kenia, Somalia, Sudan bis Saudi

Arabien, Oman und Diego Garcia, die ausgebaut Basis im Indischen Ozean. Von Kreisen der Öl- und Schifffahrtsbranche wird bestätigt, daß „Schiffe der amerikanischen, britischen und französischen Kriegsmarine regelmäßig in der Golfzone präsent sind“. (Reuter, 1.4.1986)

Inzwischen ist auch der Aufbau einer 300.000 Mann starken Sondereinsatztruppe abgeschlossen, zu deren Aufgaben einer ihrer Kommandeure, Marinegeneral George Christ beim US-Zentralkommando, verantwortlich für die Verteidigung der Region Persischer Golf, sagt:

„Unser Job ist, einen Schutzschild oder Schirm über die Länder der Region gegen Kräfte zu halten, die sie (allein) nicht bewältigen, seien dies Iran, Libyen oder die Sowjetunion. Die Aufgabe des Central Command (CENTCOM) ist es, den Ländern des Gebiets zu helfen, sich selbst zu helfen, sie zu ermutigen, eigene regionale Verteidigungsvereinbarungen zu entwickeln und für Rückenstärkung zu sorgen bei allem, was über ihre Kräfte geht...“

Die Golfländer haben begonnen, Truppen aufzubauen, die einen Vormarsch (Irans) in Kuwait stoppen können. Das ist hypothetisch, aber ich denke, wir möchten diesen Truppen den Rücken stärken in einer Situation, die sie nicht bewältigen.“

Erinnert sei an dieser Stelle an die 1982 an die Öffentlichkeit gekommenen geheimen „Pentagon-Leitlinien 1984-88“ (Wortlaut in: AIB-Sonderheft 2/1984 zu AirLand Battle, S. 36-38; d. Red.), in denen die Region am Golf nach den USA selbst und Westeuropa als wichtigste Aufmarsch- und Operationsbasis in der

Bombardierung von Wohnvierteln ist üblich



Iran - Irak im Vergleich

	Irak	Iran
Einwohner (in Mio ; 1983)	14,7	42,5
Fläche (in tausend qkm)	435	1.648
Bruttosozialprodukt (in Mrd Dollar; 1984)	33,2	114,9
Exporte (in Mrd Dollar; 1983)	9,8	19,5
Importe (in Mrd Dollar; 1983)	12,0	18,3
Erdölproduktion (in Mio t; 1985)	70	110
Auslandsverschuldung (in Mrd Dollar; 1984)	30	1
Lebenserwartung (in Jahren; 1983)	59	60
Analphabetenrate (in %; 1980)	57	50
Mannschaftsstärke der Streitkräfte und Milizen (in Mio; 1985)	0,52	1,2
Kampfflugzeuge (1985)	520	80
Panzer (1985)	3.570	1.250

Enthauptungsstrategie gegenüber der Sowjetunion aufgeführt ist.

Seit dem Verlust des Schah, des amerikanischen „Gendarmen am Golf“, und der Stabilisierung der afghanischen Revolution mit Hilfe der Sowjetunion haben die USA den Zugriff auf diese Region in zweifacher Hinsicht vorangetrieben.

Mit dem Aufmarsch eigener Truppen bzw. der Vorbereitung aller notwendigen Schritte für eine kurzfristige Verlegung von Truppen in die Region einerseits (dazu gehört auch das „Wartime Host Nation Support“-Abkommen mit der BRD, siehe: ebenda, S. 39-40; d. Red.) und dem Aufbau enger Verbündeten bzw. der Schaffung neuer Abhängigkeiten, sowie der Suche nach Pakten ähnlich dem 1979 zerbrochenen CENTO-Bündnis, um der Region das US-Diktat langfristig aufzuzwingen, andererseits.

„Beide als Verlierer sehen!“

Diesen Bestrebungen kommt nicht nur die unmittelbare Auswirkung des Krieges am Golf auf die beiden Schlüsselkräfte der Region, Iran und Irak, entgegen, die Henry Kissinger am liebsten beide als Verlierer sähe.

Auch die Uneinigkeit der nicht zuletzt über den Golfkrieg gespaltenen „arabischen Nation“ hat dazu geführt, daß die USA und im Bund mit ihnen Israel ungestörter denn je ihren Druck entfalten können. Führte der israelische Überfall auf den Libanon 1973 noch zur Drohung mit der „Ölwaffe“ von arabischer Seite, so war nach dem amerikanischen Bombardement von Tripolis und Benghazi im



Iraner, die bei der Offensive gegen Basra in irakischen Schützengräben endeten



Einsatz von C-Waffen

In seiner Sitzung am 23. März 1986 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erstmals den Irak direkt wegen des Einsatzes von Giftgas im Krieg mit dem Iran verurteilt. In der Erklärung des Präsidiums des Sicherheitsrates hieß es, die Mitglieder des Gremiums verurteilten den fortgesetzten Gebrauch chemischer Waffen, der eine eindeutige Verletzung des Genfer Protokolls von 1925 über das Verbot chemischer Kriegführung (das übrigens vom Iran und Irak unterzeichnet ist) darstelle.

Bei seiner Verurteilung bezog sich der Welt-sicherheitsrat auf die Ergebnisse einer UN-Expertenkommission, die nach einem Besuch im Iran zu der einstimmigen Ansicht gelangt war, daß der Irak wiederholt chemische Waffen gegen iranische Soldaten eingesetzt habe. Der Irak pflegt diesen Vorwurf zu dementieren.

Ende Februar 1986 waren mehrere Transporte von iranischen Soldaten, die bei den Kämpfen um Fao durch Einsatz von Giftgas verwundet worden waren, zur Behandlung in mehrere europäische Städte geflogen worden.

Der iranische Botschafter in Bonn, Salari, hatte in diesem Zusammenhang von 1.700 durch Giftgas verletzten und 20 getöteten iranischen Soldaten gesprochen. Vorwürfen von irakischer Seite, auch der Iran setze Giftgas ein, widersprach Salari. Gasopfer unter den irakischen Truppen seien darauf zurückzuführen, daß Schwaden des Giftgases auch die irakischen Truppen nicht verschonten. Wie bei früheren Einsätzen von Giftgas an der Golfkriegsfront (der Iran wirft dem Irak erste Gaseinsätze bereits 1980 vor) bestätigten auch dieses Mal Mediziner, daß es sich unter möglichen anderen Substanzen um Senfgas handeln müsse. Doch sei das Ausmaß der Verbrennungen (trotz Schutzkleidung



UN-Untersuchungskommission an der südiranischen Front: Fund einer Giftgasgranate

und Masken) diesmal schlimmer als in früheren Fällen.

1986 ist das dritte Jahr, in dem Giftgase, darunter Senf- und Tabun-Nervengas im Golfkrieg eingesetzt werden. 1984 war der Einsatz solcher Gase erstmalig von einer UN-Beobachtergruppe bestätigt worden.

Der Iran hat wiederholt gefordert, den Irak am Einsatz von Giftgas zu hindern. Seit letztem Jahr droht der Iran damit, falls dies nicht gelänge, seinerseits Giftgas an der Front einzusetzen.

Alarmierend muß eine Meldung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA vom 26.4.1986 stimmen, in der es über die Militärindustrie des Islamischen Revolutionswächterkorps (Pasdaran) nach Aussagen eines ihrer Vertreter heißt, sie „soll in den Bereichen (diverse aufgezählt, dann: d. Red.) chemische und Atomwaffen ... wesentliche Fortschritte gemacht haben“.

B. Bouresh

Iranisches Giftgasopfer, das zur Behandlung nach München ausgeflogen wurde



April d.J. (siehe AIB 6/1986, S. 3ff.; d. Red.) kaum noch eine Reaktion aus den arabischen Ländern zu spüren.

Libyen und Syrien, die einzigen arabischen Länder auf der Seite Irans im Golfkrieg, haben ihre eigenen Schlußfolgerungen aus dieser Tatsache gezogen. Während Libyen aktiv seine Annäherung an den Warschauer Pakt betreibt, ist Syrien parallel zu seiner merklichen Abwendung vom Iran offenbar bemüht, mit einer diplomatischen Gratwanderung seine Position im Libanon und in der Palästinafrage zu sichern.

Das Öl ist zum erbitterten Streitgegenstand geworden, seit damit der Golfkrieg auf beiden Seiten finanziert wird.

Der Iran wie der Irak wenden je 2/3 ihrer Öleinkünfte zur Finanzierung des Krieges auf. Aus den Golfländern flossen bisher z.B. 50 Mrd nicht rückzahlbarer Kredit an den Irak. Nicht nur, daß jede Seite versucht, die andere möglichst an ihrer wirtschaftlichen Lebensader, Ölförderung und -export, zu treffen, was die Gefahr der Ausweitung des Krieges in sich trägt.

„Sicherheitsgarantien“ für Golfmonarchen

Eine zusätzliche, womöglich noch weitreichendere Folge ist der Verfall der Ölpreise, der wesentlich auf die Zerstrittenheit der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) zurückzuführen ist, deren Übereinkünfte seit Jahren systematisch von den am Konflikt direkt und indirekt beteiligten Ölförderländern am Golf unterlaufen werden.

Das Absinken des Rohölpreises von über 30 Dollar pro Barrel Anfang der 80er Jahre auf jetzt rund die Hälfte (1983/84: 37 \$/Barrel, 1986 Anfang: bis zu 8 \$/Barrel) bedeutet nicht nur für den Iran und Irak voraussehbare Finanzierungsschwierigkeiten. Sondern sie hat selbst Regierungen wie die in Saudi Arabien veranlaßt, eine Reihe von Entwicklungsprojekten einzustellen.

Die Reduzierung des Budgets einiger Golfstaaten um sich bis zu 60% läßt innere Spannungen erwarten. Dies zumal von den Folgen des Ausfalls der Öleinkünfte sogar Teile der Nationalbourgeoisie und Kleinbourgeoisie in diesen Ländern betroffen sind.

Es ist damit zu rechnen, daß in dieser Situation die Empfänglichkeit gerade der feudalen Regimes in den Golfstaaten für Washingtons „Sicherheitsgarantien“ wächst, obwohl das Mißtrauen gegenüber dem engsten Verbündeten Israels dem bisher jedenfalls Grenzen setzt.

So sind die Golfländer, die 1983-86 zusammen 35 Mrd \$ in gemeinsame Verteidigungsanstrengungen investieren wollten, an militärischer Zusammenarbeit

mit den USA und der NATO offen interessiert, lehnen aber deren direktes Intervenieren, z.B. im Zusammenhang mit dem Golfkrieg, ab.

Währenddessen schreitet die 'Wandlung des 1981 ursprünglich als Rat zur Koordinierung wirtschaftlicher Probleme ins Leben gerufenen „Golfrats" in eine Militär- und Sicherheitsallianz unter Führung des Washington engverbündeten Saudi Arabien voran. Die Unterstützung des Irak im Golfkrieg geschieht in erster Linie in der Hoffnung, daß beide letztlich gefürchteten Nachbarn sich durch den Krieg gegenseitig neutralisieren.

Politisch ist diese Rechnung bereits weitgehend aufgegangen.

Der Irak, der vor dem Krieg zur „Verweigerungsfront" gegen das Camp-David-Abkommen (Nahost-Separatfrieden 1978 von Israel, Ägypten und den USA; d. Red.) zählte, hat sich inzwischen auf der Suche nach Verbündeten weitgehend den „Gemäßigten" wie Ägyptens Mubarak und König Hussein von Jordanien angenähert. Durch Auslandsschulden in Höhe von mindestens 40 Mrd \$ (1985) u.a. an Frankreich, dem neben der Sowjetunion größten Waffenlieferanten Bagdads, ist der Irak auf lange Sicht abhängig. Die Auswirkung der Ende 1984 wiederaufgenommenen diplomatischen Beziehungen zu den USA läßt sich

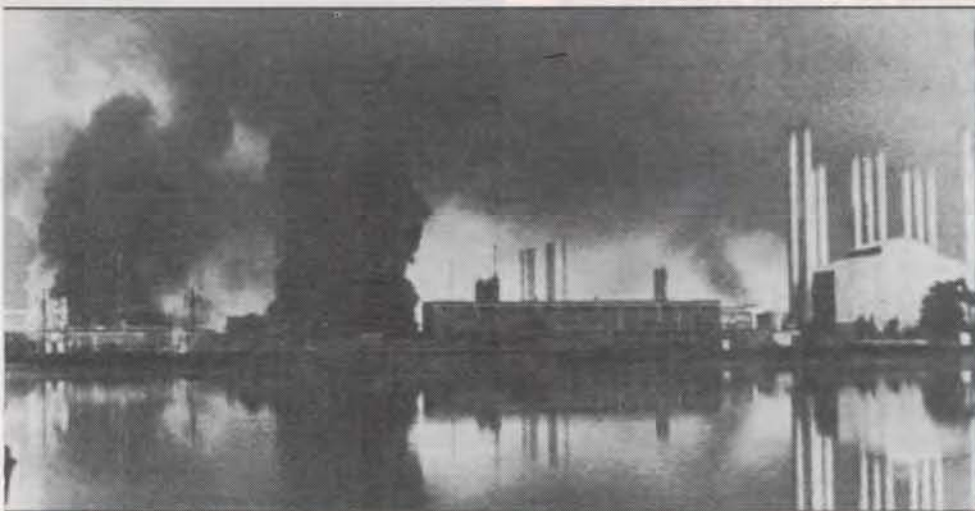
Vieles spricht dafür, daß selbst ein Waffenstillstand schon gefürchtet wird, da er dazu führen könnte, daß die kriegsmüde Bevölkerung in beiden Ländern zu einer Wiederaufnahme der Waffen kaum noch zu bewegen wäre.

Beide Regimes haben den Krieg zur Stabilisierung ihrer Macht nach innen ausgenutzt. Und für beide besteht die Gefahr, daß sie mit dem Ende des Krieges stürzen könnten.

Feuerpause schlimmer als Krieg?

Ein Waffenstillstand – so Rafsandjani laut der iranischen Nachrichtenagentur IRNA vom Mai d.J. – sei noch schlimmer als Krieg.

In der Tat scheint die iranische Führung Ajatollah Khomeinis fester Entschlossenheit Folge leisten zu wollen, Saddam Hussein zu stürzen und bis zu diesem Ziel den Krieg weiter zu führen. Ein Waffenstillstand würde Verhandlungen, beispielsweise über Grenzfragen und Reparationszahlungen nach sich ziehen, die Monate, wenn nicht Jahre dauern können und möglicherweise nicht zu den vom Iran gestellten Forderungen führen. Demgegenüber ist die Fortsetzung des Krieges die einzige Chance, das Regime in Bagdad über den Zwang zum Kriegfüh-



Zerbombte Ölraffinerie im iranischen Abadan

momentan noch nicht absehen.

Der Iran, das größte und bevölkerungsreichste und mit seiner Grenze zur Sowjetunion strategische Schlüssel-land in der Region, war nach dem Sturz des Schah vorübergehend die Hoffnung aller antiimperialistischen Strömungen und Bewegungen in der Region. Wie der Irak wird der Iran an den Folgen des Krieges Jahre zu tragen haben.

Beide Regimes haben den Krieg zur Stabilisierung ihrer Macht nach innen ausgenutzt. Und für beide besteht die Gefahr, daß sie mit dem Ende des Krieges stürzen könnten.

ren ökonomisch und innenpolitisch ins Wanken zu bringen. Man sieht darin in Teheran ferner die Chance, die eigene Macht zu festigen oder auf den Irak auszuweiten.

Dies dürfte den fortgesetzten Weigerungen des Iran zugrunde liegen, auch nur einen Schritt auf die moderat und auf das Interesse beider beteiligter Regierungen hin formulierten Appelle des UN-Sicherheitsrates und anderer internationaler, um Frieden am Golf bemühter Organisationen einzugehen. So weigerte sich der Iran Ende Februar 1986 an einer Sitzung des wegen der Schlacht um Fao

UNO-Sicherheitsrat Resolution 582 / 86

Der Sicherheitsrat, nach Behandlung der Frage „Die Lage zwischen dem Irak und Iran", unter Hinweis darauf, daß der Sicherheitsrat mit der Frage der Lage zwischen dem Irak und Iran seit nahezu sechs Jahren befaßt ist und daß Beschlüsse dazu gefaßt worden sind, ernstlich besorgt über das Andauern des Konflikts zwischen den beiden Ländern, der zu schweren Verlusten an Menschenleben und erheblichen Sachschäden führt und den Frieden und die Sicherheit gefährdet, unter Hinweis auf die Bestimmungen der Charta und insbesondere darauf, daß alle Mitgliedstaaten verpflichtet sind, ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln und auf eine Weise beizulegen, daß der Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden,

in Anbetracht dessen, daß sowohl der Irak als auch Iran Vertragsstaaten des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege sind,

unter Hervorhebung des Grundsatzes der Unzulässigkeit der gewaltsamen Gebietsaneignung,

Kenntnis nehmend von den Vermittlungsbemühungen des Generalsekretärs,

1. beklagt die ersten Handlungen, die den Konflikt zwischen dem Irak und Iran ausgelöst haben, und beklagt das Andauern des Konflikts;

2. beklagt ferner die Eskalation des Konflikts, insbesondere die Gebietsübergriffe, die Bombardierung rein ziviler Bevölkerungszentren, die Angriffe auf neutrale Schiffe bzw. Zivilflugzeuge, die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und andere für bewaffnete Konflikte geltende Rechtsvorschriften und insbesondere den Einsatz chemischer Waffen entgegen den Verpflichtungen gemäß dem Genfer Protokoll von 1925;

3. fordert den Irak und Iran auf, sofort einen Waffenstillstand einzuhalten, sämtliche feindseligen Handlungen zu Lande, zur See und in der Luft einzustellen und unverzüglich sämtliche Streitkräfte an die international anerkannten Grenzen zurückzuziehen;

4. bittet eindringlich darum, daß kurze Zeit nach der Einstellung der Feindseligkeiten in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz ein Austausch sämtlicher Kriegsgefangener durchgeführt wird;

5. fordert beide Parteien auf, sämtliche Aspekte des Konflikts sofort der Vermittlung bzw. jedweder anderen Form der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu unterstellen;

6. ersucht den Generalsekretär, die von ihm unternommenen Bemühungen fortzusetzen, die beiden Parteien bei der Durchführung dieser Resolution zu unterstützen und den Rat auf dem laufenden zu halten;

7. fordert alle anderen Staaten auf, größtmögliche Zurückhaltung zu üben und jedwede Handlung zu unterlassen, die zu einer weiteren Eskalation und Ausweitung des Konflikts führen könnte, und auf diese Weise die Durchführung dieser Resolution zu erleichtern;

8. beschließt, mit dieser Angelegenheit befaßt zu bleiben.

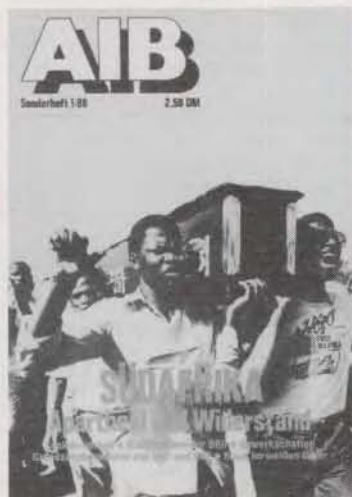
Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

(Quelle: Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 2/1986, S. 82-83)

AIB-Sonderhefte



4/1985: Weltraumrüstung
28 Seiten, 2 DM



1/1986: Südafrika
40 Seiten, 2,50 DM



Hintergrund: Libyen-Krise
20 Seiten, 2 DM

Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht; zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). 33% Rabatt ab 10 Expl. Bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

alarmierten Weltsicherheitsrates teilzunehmen.

Der Aufforderung der dort einstimmig verabschiedeten Resolution (Wortlaut siehe Kasten), „Vermittlungsbemühungen zu akzeptieren“ und „größtmögliche Zurückhaltung zu üben, jede Handlung zu unterlassen, die zu einer weiteren Eskalation und Ausweitung des Konflikts führen könnte“, widersetzte sich der Iran. Er tat dies mit der Begründung, der Weltsicherheitsrat sei zugunsten des Irak voreingenommen, der als Aggressor verurteilt werden müsse.

Dies, wie auch die Forderung des Iran nach 150 Mrd \$ Reparationszahlungen, ist für den Irak allerdings unannehmbar. Bagdad ist seinerseits international bemüht, die aggressive Rolle des Iran seit Khomeinis Machtübernahme („Export der islamischen Revolution“) darzustellen. Angesichts der ökonomischen Auswirkungen des Krieges (der beide Regimes monatlich je 1 Mrd \$ kostet) und des Scheiterns des kalkulierten „Blitzkriegs“ zeigt sich das Regime in Bagdad zu einem Friedensschluß zu fast allen Bedingungen bereit.

Gleichzeitig versucht es immer wieder, Teheran an den Verhandlungstisch zu bomben, eine Rechnung, die wiederum für den Irak, die Region und den Weltfrieden gefährliche Risiken in sich birgt. Daß es nur einen einzigen Ausweg gibt, nämlich den Konflikt sofort zu beenden und auf friedlichem Wege, auf der Basis gegenseitiger Respektierung, Wahrung von Unabhängigkeit, Souveränität und des Rückzugs auf die international anerkannten Grenzen zu lösen, ist der Standpunkt der progressiven Kräfte der Region (einschließlich derer im Irak und Iran).

In einer Erklärung vom 20. April 1986 wiesen eine Anzahl demokratischer Organisationen aus der Golfregion und der Arabischen Halbinsel auf die im Golfkrieg liegende Hauptgefahr für die gesamte Region hin. Sie erinnerten an die kürzlich vereinbarten Geheimabkommen der USA mit Saudi Arabien und Oman über die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen.

US-Kriegsflotte abziehen!

Und sie forderten den „Rückzug imperialistischer Kriegsflotten und -truppen von der Golfregion, dem Roten Meer und der Arabischen Halbinsel, Abschaffung seiner Stützpunkte, Respektierung der nationalen Unabhängigkeit, Souveränität, Nichtpaktgebundenheit, Begrenzung der riesigen militärischen Ausgaben und Umwandlung der Region in eine Zone des Friedens und der Sicherheit“. Was die Position der Weltmächte USA und UdSSR betrifft, sei aus einem Kom-

mentar Robert C. Johansens und Michael G. Renners vom World Policy Institute in der International Herald Tribune vom 15./16.2.1986 zitiert:

„Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion können und sollten helfen, den Kampf zu beenden... Die US-Diplomatie könnte die sowjetische Unterstützung für eine Friedensinitiative gewinnen, wenn sie ihre Bemühungen einstellen würde, die Sowjetunion diplomatisch auszuschließen und die US-Militärmacht in der Golfregion auszudehnen.

Die sowjetische Führung hat ihr Interesse an multilateralen Bemühungen zur Reduzierung der regionalen Spannungen ausgedrückt. Obwohl sie mit dem Irak liiert ist, hat die Sowjetunion den Irak kritisiert, den Krieg begonnen zu haben.“

Vorgeschlagen wird dort weiter, UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, auf dessen Bemühungen ein immerhin zeitweilig eingehaltenes Moratorium über die gegenseitige Bombardierung von Städten (1984) und die Entsendung unabhängiger Beobachterkommissionen in beide Länder zurückgehen, in seinem Bemühen um eine multilaterale Initiative, einschließlich der USA und UdSSR, zu unterstützen.



Interventionsbereit: Kernstück der US-Kriegsflotte am Golf ist der Flugzeugträger „Kitty Hawk“

Was Washington angeht, so zeigt es sich nach außen „tief besorgt“ durch die Spannung am Golf und fordert die sofortige Beendigung des Krieges. Doch während ein Ende des Krieges mit ca. 1 Mio Gefallenen in bisher 6 Jahren, enormen Verlusten und Kosten nicht abzusehen ist, tun US-Strategen alles, um in den Ländern des Mittleren Ostens längst überholte politische und sozial-ökonomische Bedingungen zu zementieren. Um die eigenen Profit- und strategischen Interessen zu sichern, sucht man so weit wie möglich jeglichen radikalen Wandel zu verhindern und alle Bestrebungen von souveränen Staaten nach Unabhängigkeit zu unterdrücken. US-Vizeaußenminister Richard Murphy drückte es vor dem Kongreß offen aus: „Sieg für einen der Kriegführenden ist militärisch unmöglich und (für die USA) strategisch unerwünscht.“



Iranische Militärparade mit G3-Gewehren

Jürgen Reents Rüstungsexporte verlängern den Krieg!

Auf der Gründungsveranstaltung des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg im Januar d.J. im Hamburger Gewerkschaftshaus bilanzierte der Ex-Bundestagsabgeordnete der Grünen, Jürgen Reents, den Stand der Rüstungsexporte in die Golfregion. Er wies nach, daß bundesdeutsche Konzerne zu den größten Kriegsgewinnlern, ja Doppelverdienern gehören.

Der iranisch-irakische Krieg wäre nicht über 5 Jahre lang möglich gewesen, und er könnte nicht 1 Mio Opfer fordern, wenn es außerhalb des Iran und Irak nicht mächtige Kräfte gäbe, die die Fortsetzung dieses Krieges mit massiver Rüstungshilfe garantieren, die an diesem Krieg und seinen Toten verdienen, die gerade in der Aufrechterhaltung der Konfrontation am Golf gegenwärtig die Chance zur Verbesserung ihrer Einflußmöglichkeiten in dieser Region sehen. Natürlich gibt es international viel Krokodilstränen, die man öffentlich fließen läßt.

Aber wann und wo in den vergangenen 5 Jahren hat es eine wirklich engagierte Friedensinitiative, ein Vermittlungsbemühen und politischen Druck seitens der USA, der Sowjetunion oder der Staaten der Europäischen Gemeinschaft zur

Beendigung dieses Krieges gegeben? Man sucht vergebens danach.

Ansätze in dieser Richtung zwischen dem Golf und der EG wurden nicht weiter geführt. Sie wurden innerhalb der EG und durch Einflußnahme der USA blockiert.

In der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde im vergangenen Jahr eine Resolution eingebracht, die die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarats auffordert, „für einen schnellstmöglichen Waffenstillstand“ am Golf zu arbeiten, und zu diesem Zweck u.a. einen Stop jeglichen Rüstungsexports in die Kriegsregion herbeizuführen. Aber der Rüstungsexport geht weiter.

Die Liste derjenigen Staaten, die den Irak oder den Iran mit Waffen und

kriegsverwendbaren Gütern beliefern, ist lang. Nach Untersuchungen des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI sind es sogar mindestens 10 Staaten, die Doppelförderer und Doppelverdiener dieses Krieges sind: sie liefern an beide Seiten.

Die Hauptwaffenlieferanten des Irak sind die Sowjetunion und Frankreich. Im November 1983 berichtete der Spiegel, daß die Sowjetunion 70% des Rüstungsnachschubs in den Irak deckt; im März 1985 meldete Die Welt dann, daß die sowjetischen Rüstungsanteile inzwischen stagnierend seien, weil der Irak sich stärker an andere Lieferanten gewandt habe.

Frankreich hat zwischen 1982 und 1984 für 5 Mrd Dollar Waffen an den Irak geliefert. Mittlerweile sollen 40% aller französischen Rüstungsexporte überhaupt in den Irak gehen.

„Zivil“lieferant BRD?

Die USA, die sich offiziell angeblich jeglicher Waffenlieferungen an eine der beiden Kriegsseiten enthalten, haben Hubschrauber an den Irak geliefert, die sie als „zivil“ deklariert haben, die es aber nicht sind. Ansonsten kümmern die USA sich mit ihren Rüstungslieferungen mehr um das Umfeld und die Zwischenhändler für irakisches Kriegsgut, vor allem Saudi Arabien, Ägypten und Jordanien.

Der Iran ist bis zum Sturz des Schah-Regimes (Februar 1979; d. Red.) vor allem mit hochmodernen amerikanischen Waffen zum Wächterstaat am Golf aufgerüstet worden. Da die USA nach der Geisellaffäre in der US-Botschaft von Teheran (1979/80; d. Red.) aber ein Handelsverbot gegen den Iran verhängt haben, besorgt das iranische Regime sich einen Großteil des Nachschubs an Waffen und Munition für ihre amerikanischen Systeme auf dem sog. grauen Waffenmarkt.

Im Mai 1984 ist z.B. in Hamburg ein Ring von Waffenhändlern aufgefliegen, der 250 Panzer des Typs M 48 an den Irak verkaufen wollte. Da der M 48 lange Zeit Standardpanzer der US-Streitkräfte war und auch in der Bundesrepublik und anderen NATO-Staaten eingesetzt wurde, ist die eigentlich interessante Frage aber, wie Waffen eines solchen Umfangs aus NATO-Beständen überhaupt in die Hand von illegalen Waffenschiebern kommen können.

Andere amerikanische Ersatzteile und Munition besorgt Teheran sich u.a. über Argentinien, Taiwan und Großbritannien, angeblich auch über Südafrika und Israel. 40% des iranischen Rüstungsnachschubs kommen laut SIPRI mittlerweile aber aus Nordkorea, daneben viel aus Libyen und Syrien. (...)

Erklärung des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg Den Krieg sofort beenden!

Das im Januar 1986 in Hamburg gegründete „Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg“ machte es sich zur Aufgabe, die bundesdeutsche Öffentlichkeit für die Beendigung des Golfkrieges, den Stopp insbesondere der bundesdeutschen Rüstungsexporte in die Konfliktregion und gegen die Untätigkeit Bonns bzw. der Westmächte hinsichtlich einer Friedenslösung zu mobilisieren. Das Komitee will auch die „erschreckende Lethargie“ der Friedens- und Dritte-Weltbewegung gegenüber diesem Krieg überwinden helfen.

Für diese Anliegen führten die Initiatoren am 20. Juni d.J. in Bonn, u.a. vor dem Bundeskanzleramt sowie den Botschaften des Iran und Irak Protestaktionen durch. Und sie starteten eine Unterschriftenkampagne für die hier dokumentierte Erklärung „Den Krieg sofort beenden!“. Zu den Gründungsmitgliedern des Komitees gehören die Ex-MdBs der Grünen, Jürgen Reents und Otto Schilly sowie Prof. Mohssen Massarat. Kontakte: M. Massarat, Am Natrupe-Steinbruch 10, 4500 Osnabrück, Tel. 0421-67952.

Der iranisch-irakische Krieg hat bisher Hunderttausende Opfer gefordert und in beiden Ländern unvorstellbare Zerstörungen angerichtet.

Das irakische Regime hat den Krieg begonnen, für die Fortsetzung des Krieges aber tragen heute die Regime beider Länder die Verantwortung. Das iranische Regime weitet den Krieg auf den irakischen Boden aus, das irakische Regime eskaliert den Krieg durch Angriffe auf die Zivilbevölkerung und den Einsatz chemischer Waffen.

Auch die rüstungsexportierenden Staaten sind mitverantwortlich, da sie durch Rüstungsexporte die Fortführung dieses Krieges überhaupt ermöglichen. Die Bundesregierung duldet den massiven Rüstungsexport in den Irak, in geringerem Ausmaß auch in den Iran und ist in dieses Geschäft mit dem Tod verstrickt. Die Fortsetzung des Krieges aber führt letzten Endes dazu, auf beiden Seiten die menschlichen Opfer noch zahlreicher und das Ausmaß der Zerstörung noch größer werden zu lassen.

Politische Vernunft und Prinzipien der Humanität und der Moral gebieten, alles Erdenkliche zu tun, damit dieser Krieg sofort beendet wird.

Deshalb fordern wir von den Regierungen des Iran und des Irak,

1. zu erklären, daß sie prinzipiell zu einer sofortigen Beendigung des Krieges bereit sind;
2. ihre Bereitschaft kundzutun, daß sie ein von beiden Seiten anerkanntes internationales Gremium, das die Verhandlungen für ein Friedensabkommen führt (Kriegsschuld, Reparationsfragen etc.), akzeptieren;
3. einen sofortigen Waffenstillstand, und zwar für die Dauer der Friedensverhandlungen,

gen, einzuberaumen;

4. die besetzten Gebiete auf dem Territorium des jeweils anderen Staates einer von beiden Seiten akzeptierten Überwachungskommission zu überlassen und die eigenen Truppen hinter die Grenzen von vor dem Kriegsbeginn zurückzuziehen;

5. die Kriegsgefangenen freizulassen;

6. die Unterdrückung des kurdischen Volkes und aller Minderheiten in beiden Ländern zu beenden;

7. die permanenten Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden.

Wir fordern das irakische Regime auf, auf jegliche Gebietsansprüche auf völkerrechtlich anerkannte Hoheitsgebiete des Iran prinzipiell zu verzichten. An das iranische Regime richten wir die Forderung, von jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak abzusehen.

An die Bundesregierung richten wir die Forderungen:

1. den massiven Export als zivil deklarierter Militärgüter aus der Bundesrepublik in den Irak und in den Iran sofort zu verbieten;
2. den illegalen Rüstungsexport in die Golfregion ernsthaft und mit allen Mitteln zu verhindern;
3. innerhalb der EG und darüber hinaus dafür einzutreten, daß das Geschäft der euro-amerikanischen Rüstungskonzerne mit dem Tod von Hunderttausenden Menschen aufgehört und das kalkulierte Schweigen westlicher Regierungen über den Zermürbungskrieg zwischen dem Iran und dem Irak ein Ende nimmt;
4. sich mit allen ihr zu Verfügung stehenden Mitteln für den Beginn eines Friedensprozesses zwischen dem Iran und dem Irak einzusetzen.



MBB-Exportgut Kampfhubschrauber BO-105

Der Name eines Staates ist dabei bislang nicht genannt worden: die Bundesrepublik. Angeblich beteiligt sie sich überhaupt nicht am Rüstungsexport in die Golfkriegsregion, und es ist gelungen, diese Behauptung weithin als glaubhaft erscheinen zu lassen. Sie ist dennoch falsch.

Die Bundesrepublik erscheint deswegen nicht als Kriegslieferant, weil sie Lieferungen als „zivil“ deklariert, die tatsächlich militärische Verwendung finden; und weil alles, was in Kooperation zwischen deutschen und ausländischen Rüstungsfirmen passiert, über die ausländischen Adressen abgewickelt wird und in den Rüstungsexportstatistiken der BRD unerwähnt bleibt.

Kampfhubschrauber, Gewehre usw.

Dies ist bereits unter der Schmidt-Regierung so gewesen: sie hat auf ein Veto-recht gegen Rüstungsexporte aus deutsch-französischer Koproduktion ausdrücklich verzichtet und noch ein halbes Jahr vor dem Machtantritt der Kohl-Regierung Beschränkungen im Rüstungsexport aufgehoben.

Der gerade begonnene Prozeß gegen die Waffenschmiede Rheinmetall, die eine Munitionsabfüllanlage an Paraguay adressiert und an Südafrika geliefert hat, die 1.500 Maschinengewehre an Italien deklariert und an Saudi Arabien geliefert hat, und die 100 Kanonen an Spanien deklariert und an Argentinien geliefert hat, läßt im übrigen erahnen, daß bei den Geschäften im Rüstungsexport Dinge ablaufen, deren Bedeutung den Flick-Skandal noch bei weitem überschreitet.

Zu den Tatsachen, die bekannt wurden:

- Im Iran wird das G3-Gewehr der deutschen Firma Heckler & Koch in Lizenz in einer Fertigungsanlage produziert, die von der bundeseigenen Firma Fritz Werner noch zu Schah-Zeiten errichtet wurde.
- Thyssen-Henschel ist an Entwicklung und Produktion des argentinischen TAM-Panzers beteiligt, der u.a. in den Iran geliefert wird.
- Über den Hafen in Bremen wurden u.a. Panzertransporter mit Zugmaschinen von Daimler-Benz und 90-t-Auflie-



Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Mit Bankeinzug Zeit und Geld sparen

Für Sie und uns der einfachste Weg: Lastschriftverfahren

- Sie brauchen sich künftig nicht mehr um die rechtzeitige Bezahlung Ihres Abonnements zu kümmern.
- Sie sparen Zeit und Geld, denn das Ausfüllen von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks wird überflüssig.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und Mahnungen und haben eine Kostenerleichterung.

Abbuchungsvollmacht

Ich ermächtige Sie hiermit – widerruflich –, die AIB-Abogebühren von meinem Konto einzuziehen.

Beginn ab _____

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

8-9

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir erworben:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Freiheit für Nelson Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung
des ANC-Führers Nelson Mandela und
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of
ANC leader Nelson Mandela and all
other political prisoners!**

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift)

.....
Solidaritätsshop Dritte Welt
Produktions · Verlags · Vertriebs GmbH



Gegen die US- Intervention

**Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken —
ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!**

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle — und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3/6/9/... Pfund) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel.: 069/778863).

VERTRAUENSGARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Kaffee-abo

Absender:

Neuer Preis: 45,— DM

Ich bestelle hiermit ein Solidaritätsabonnement Nicaragua-Kaffee. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3 Pfund zum Preis von DM45,— incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Dieser Preis ist für mindestens 2 Monate ab Bestellung garantiert. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Überweisung/Scheck/Lastschrift.

Ort/Datum

Unterschrift

VERTRAUENSGARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Unterschrift

POSTKARTE

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

Absender:

70 PF

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Hamburger Allee 52

P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA

gern von Titan Kässbohrer an die iranischen Pasadaran geliefert; alles natoooliv gestrichen.

● Näherungszünder für die französischen Exocet-Raketen, die an den Irak geliefert wurden, kommen von MBB.

● 1982 erhielt die irakische Armee von der AEG/Westberlin 1.000 Funkempfänger des Typs E 6862. Die Erdkampflugzeuge Alpha-Jet, von denen der Irak 1981 30 Stück über Frankreich erhielt, werden gemeinsam von Dassault und Dornier hergestellt. Ebenso kommen die Panzerabwehrwaffen Hot und Milan und das Flugabwehrraketensystem Roland aus deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion.

● 24 Kampfhubschrauber BO-105 von MBB wurden mit Bestandteilen aus der

Auf beiden Seiten des Krieges werden Soldaten von Daimler-Benz und MAN ins gegenseitige Morden gefahren.

Der niederländische Abgeordnete van den Bergh hat in einem Bericht an die Parlamentarische Versammlung des Europarats geschrieben, daß von westeuropäischer Seite her die Bundesrepublik die besten Einflußmöglichkeiten gegenüber dem Iran, und Frankreich die besten Einflußmöglichkeiten gegenüber dem Irak hätte.

Tatsache ist, daß das Exportvolumen der Bundesrepublik in den Iran 1983 bereits die BRD-Exporte zu Zeiten des Schah-Regimes überschritten hat. Der Krieg stört nicht, er scheint sogar zu nützen: die deutsche Industrie macht hervorragende Gewinne.



Französische Super Standard mit Exocet-Raketen. MBB liefert mit

BRD von der MBB-Kooperationsfirma Casa in Spanien montiert und an den Irak geliefert. Über Österreich wurden 6 MBB-Hubschrauber BK-117 von MBB in den Irak geliefert, nachdem sie zuvor in Augsburg trotz angeblich „ziviler Version“ mit Militärelektronik ausgestattet wurden.

Transportfahrzeuge von Daimler, MAN

Auch diese Liste ist nicht vollständig. Der vermutlich größte Teil direkter bundesdeutscher Kriegsunterstützung im Golf besteht in der Lieferung von unterschiedlichen Transportfahrzeugen.

Von 1981 bis heute sind aus der Bundesrepublik für mehr als 6,3 Mrd DM Fahrzeuge an den Irak und für mehr als 6,1 Mrd DM Fahrzeuge an den Iran geliefert worden. Das weitaus meiste davon sind alle Arten schwerer Lastkraftwagen und Sattelzugmaschinen, wobei bis 1982 hauptsächlich der Irak und nach 1983 hauptsächlich der Iran beliefert wurde.

Aufregung kommt nur da und nur dann auf, wenn Öllieferungen aus der Region beeinträchtigt werden oder die kriegführenden Staaten wegen ihrer hohen Kriegskosten in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Das Sterben von mittlerweile mehr als 1 Mio Iranern und Irakern am Golf läßt dagegen gleichgültig. Wir wollen diese Gleichgültigkeit, das Verschweigen der internationalen Mithäterschaft an diesem Krieg und die dahinter stehenden Interessen durchbrechen.

Wir fordern die sofortige Einstellung jeglicher direkten und indirekten Lieferung von Waffen und anderen kriegsverwendbaren Gütern an Iran und Irak.

Wir fordern die Bundesregierung darüber hinaus auf, endlich die wenigen Ansätze von Friedensbemühungen, die es aus der Dritten Welt gegenüber diesem Krieg gibt, mit eigenen Initiativen zu unterstützen, statt sich bei Besuchen in Teheran und Bagdad um bessere Kriegsgewinne für die bundesdeutsche Industrie zu kümmern. (...)

(Quelle: Arbeiterkampf, Hamburg, Nr. 267/10.2.1986, S.27)

BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“

Die Kampagne richtet sich gegen die ständig zunehmenden Rüstungsexporte bundesdeutscher Firmen und gegen die angeblich „restriktive“ Rüstungsexportpolitik der verschiedenen Bundesregierungen, die tatsächlich diese Exporte mit ihrer Politik gefördert und verschleiert haben.

Die Bundesrepublik ist inzwischen zu einem der größten Rüstungsexporture weltweit aufgestiegen. Neue Untersuchungen siedeln sie zwischen Platz 3 und 5 auf der Weltrangliste an! Laut ACDA, der Rüstungskontrollbehörde der US-Regierung, gehen 70% der bundesdeutschen Rüstungsexporte in die Entwicklungsländer.

Die Kampagne wurde 1984 auf dem 8. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Münster offiziell eröffnet. Dort fanden auch gleich zwei Aktionen gegen bundesdeutsche Rüstungsexportpolitik statt. Eine Demonstration gegen Polizeihilfe an Entwicklungsländer hatte als Ziel die Polizeiführungsakademie in Hilstrup, wo auch ausländische Polizei ausgebildet wird. Außerdem wurde der parallel zum BUKO stattfindende FDP-Parteitag zum Anlaß genommen, gegen die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung zu protestieren.

Für 1985 wurden von der BUKO-Kampagne in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen die „Aktionstage gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika“ durchgeführt. Neben dem Aktionsschwerpunkt Südafrika beteiligte sich die Kampagne an der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz „Atombomben – made in Germany“, die als Alternativkonferenz zu den Atomwaffensperrvertragsverhandlungen in Genf, in Bonn stattfand und auch den militärischen Aspekt bundesdeutscher Atomexporte behandelte.

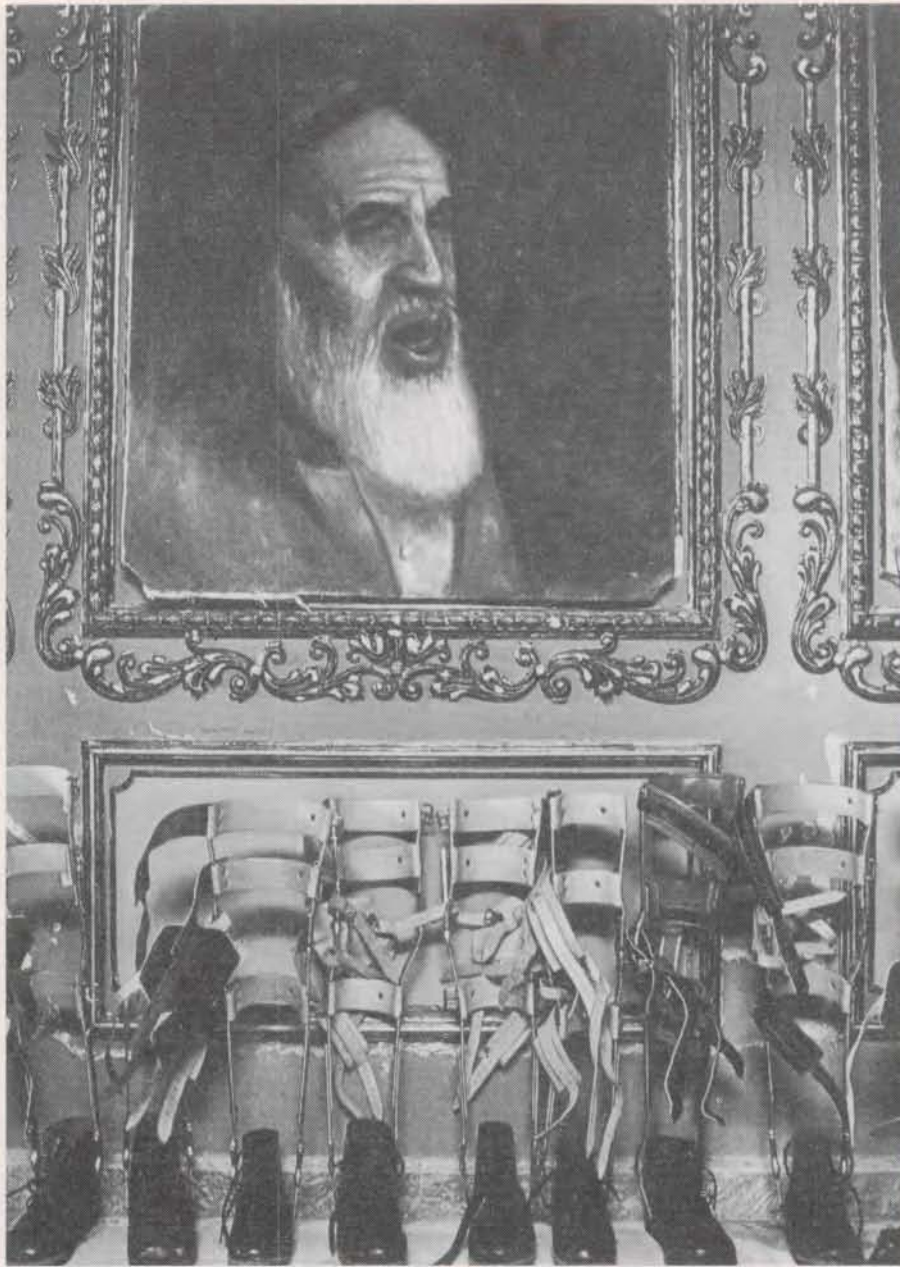
Für das Jahr 1986 wird die Kampagne schwerpunktmäßig zu Rüstungsexporten in den Nahen und Mittleren Osten arbeiten. Im Februar dieses Jahres wurde bereits ein Seminar zu diesem Thema veranstaltet.

Wichtige inhaltliche und organisatorische Entscheidungen über die Arbeit der Kampagne und ihrer Koordinationsstelle in Bremen werden auf Seminaren und Kampagnentreffen beschlossen. Zwischen den Treffen entscheidet der Koordinationskreis der Kampagne. Im Koordinationskreis sind z.Zt. Gruppen aus Bonn, Bremen, Karlsruhe und Osnabrück.

Die Forderungen der Kampagne lauten:

- Stoppt den Rüstungsexport!
- Umstellung von Rüstungsproduktion auf sozial nützliche Produktion
- Offenlegung der bisherigen Rüstungsexporte, sowie der Genehmigungen und Anträge für geplante Rüstungsexporte
- Keine Ausrüstungs- und Ausbildungsbeihilfe für ausländische Polizei und Militär
- Keine Rüstungs- und Militärwerbung, keine Messen dieser Art, keine Beteiligung von deutschen Firmen an ausländischen Rüstungsmessen.

Kontakte: BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“, Büchstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421-326045



Nima Mina

Ungewisse Zukunft der Islamischen Republik

Spontane Streiks, Demonstrationen gegen den Krieg und selbst Hungerstreiks von politischen Gefangenen sind längst keine Seltenheit mehr im heutigen Iran. Gründe für die wachsende soziale Unruhe sind vor allem die Fortführung des Krieges mit dem Irak, die sich verschärfende Wirtschaftskrise und das Ausbleiben von sozialen Reformen, die sich viele von der islamischen Revolution erhofft hatten.

Die Regierung wendet seit mehreren Jahren 40% ihrer Haushaltsmittel für den perspektivlosen Krieg auf.¹ Der Verfall

der Erdölpreise seit Januar 1986 belastet die bereits angeschlagene Wirtschaft erheblich, da der Erdöllexport 90% der Deviseneinnahmen des Staates ausmacht.

Aus dem Abschlußkommuniqué einer Konferenz der iranischen Industrie-, Bergbau- und Handelskammer geht hervor, daß im laufenden Haushaltsjahr (März 1986 bis März 1987) Deviseneinnahmen von maximal 6 Mrd Dollar (\$) zu erwarten seien, was nur die Hälfte der im Haushaltsplan vorgesehenen Summe ausmachen würde.

Allein die vom westlichen Ausland stark abhängige Industrie benötige noch im laufenden Jahr 7 Mrd \$, um den bisherigen Stand der Produktion halten zu können. Aufgrund des Kriegszustandes ist die Kapazität der Industrie ohnehin nur zu 30-40% ausgelastet.

Auch weiterhin, so versicherte Erdölminister Agha-Zadeh, werde der größte Teil der Devisenreserven für den Krieg verwendet, der im Monat 300-500 Mio \$ kostet. Es gelte, alle wirtschaftlichen und personellen Kapazitäten in den Dienst des Krieges zu stellen.

Das Regime plant offiziell, in der gesamten Schwerindustrie die Produktion einzustellen. Die Steuersätze werden im Laufe des Sommers 1986 für alle um 90% heraufgesetzt. Nach Angaben der Zentralbank der Islamischen Republik werden bis März 1987 weitere 3 Mio Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren. Aus der Firma Silkcom in Isfahan, aus Iran-Band in Garmsar, Iran-Yasa und Dochaniat in Teheran werden Protestaktionen und Widerstand gegen Entlassungen und die Stilllegung einzelner Betriebssektionen gemeldet.

Zwangsspenden für den Krieg

Die Bevölkerung wird zudem gezwungen, regelmäßig Geld- und Sachspenden für die Front abzugeben. Wer die Kosten dieser Kriegspolitik zu bezahlen hat, erkannte sogar das Zentralorgan der herrschenden Islamisch-Republikanischen Partei: „Die absolute Mehrheit unseres Volkes, die zur minderbemittelten Klasse gehört – Arbeiter, Angestellte und Rentner – sind die Leidtragenden ... des schwindelerregenden Anstiegs der Preise für Waren des Grundbedarfs und für Mieten.“²

Seit dem Sturz des Schahs sind die Preise um ca. 350% angestiegen, wurde die Arbeitszeit von 44 auf 48 Stunden erhöht, während die Löhne praktisch gleich geblieben sind. 2 Mio afghanische Flüchtlinge, 3 Mio Flüchtlinge aus den Kriegszonen, der Ansturm von „mehreren Mio“ Bauern, die auf der Suche nach Arbeit in die Städte zichen, ... hatten bis jetzt zur Folge, daß 1/3 der Bevölkerung arbeitslos ist.

Infolge des Zustroms von Flüchtlingen und Umsiedlern wird die Einwohnerzahl Teherans bald die Grenze von 10 Mio überschreiten. 1/4 der Gesamtbevölkerung des Landes leben in diesem – nach Worten des Parlamentsabgeordneten Mahmudi – „Krebsgeschwür Irans“.³ Das Ministerium für Energie hat bekanntgegeben, es sei nicht in der Lage Teheran mit Strom zu versorgen. Der Etat der Teheraner Stadtwerke wurde im Jahre 1984/85 gegenüber 1981/82 um 90% gekürzt!

Täglich fallen 5.000 t Müll an, die die Stadtwerke nicht in Depots außerhalb der Stadt transportieren können. Teheran entwickelt sich deshalb allmählich zu einer Müllhalde, in der nach Angaben offizieller Stellen 100 Mio Ratten – teilweise in der Größe von Kaninchen – und 700.000 wilde Hunde herumkriechen bzw. -laufen und Krankheiten wie Tollwut und Cholera verbreiten.⁴

Daß die Lebensbedingungen auf dem Lande mindestens genau so schlecht sind, darauf deutet die massive Landflucht hin. Anfängliche Maßnahmen zugunsten der Bauern wurden aufgegeben, eine Landreform hat nie stattgefunden. Großgrundbesitzer, die wieder zurückkehren, erhalten ihr Land zurück.

„Mehr Opfer bringen!“

Jedoch wächst die Unzufriedenheit nicht nur aufgrund ausbleibender sozialer Reformen und der wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs, sondern auch wegen der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft und der direkten Einbeziehung großer Teile der Bevölkerung in den Krieg.

Momentan ist im Iran eine beispiellose Kampagne der staatlichen Organe zur Mobilisierung von neuem Personal für den Einsatz an den Fronten des Golfkrieges im Gange, die nach einer Rede des Staatsführers Ajatollah Ruhollah Khomeini in seiner Residenz Djamaran (Nordteheran) am 24. April 1986 begann.

Im Hinblick auf die begrenzten Erfolge der iranischen Offensive „Wal Fadjr 8 und 9“ – seit Anfang Februar 1986 – hatte Khomeini insbesondere die Jugendlichen des Landes aufgefordert, für

den Golfkrieg „mehr Opfer zu bringen“. An Teile seines Staatsapparates, die offenbar die perspektivlose Fortdauer des Krieges kritisieren, appellierte er, sich unter den gegenwärtigen Umständen zurückzuhalten und für die Belange des Krieges einzutreten.

Zur Zeit weigern sich die meisten Jugendlichen im wehrpflichtigen Alter sich freiwillig zur Musterung und zum Kriegsdienst beim Militäramt vorzustellen. Viele Frontsoldaten nutzen immer wieder ihre Urlaubstage aus, um zu desertieren. Kürzlich wurden 200 Deserteure an der Front öffentlich hingerichtet. Damit sollte anderen „schwankenden Elementen“ eine Lektion erteilt werden.

Auf den verschiedensten Ebenen der Gesellschaft versuchen nun die staatlichen Stellen das Leben zu militarisieren. Im Gegensatz zu früheren Mobilisierungskampagnen des Regimes im Laufe der vergangenen Jahre versucht das Regime verstärkt Jugendliche, Angestellte und Beamte des Staatsapparates zu rekrutieren.

Dabei bedient sich das Regime einer ganzen Palette von Methoden, von materiellen Versprechungen bis hin zur offenen Gewaltanwendung.

Gendarmerie, Polizei, Armee, die Milizorganisation Pasdaran (die größte staatliche Unterdrückungsmaschinerie) und die Islamischen Komitees haben spezielle Einsatztruppen ins Leben gerufen, die Straßen, Eingänge von Kinos, Betriebe und sogar Schulen, ständig überwachen. Diejenigen, die keine Wehrdienstbescheinigungen vorzeigen können, werden verhaftet und in Kasernen verschleppt.

Der Minister für Bildung und Erziehung, Akrami, verkündete am 13. April 1986, zwischen März 1985 und März 1986 seien 100.000 iranische Schulkinder prak-

tisch von der Schulbank weg an die Front geschickt worden. Man kann davon ausgehen, daß 1/3 dieser Kinder, die ohne militärische Ausbildung zur Räumung von Minenfeldern und dergleichen mißbraucht werden, bisher gefallen sind. Bereits im März d.J. hatte Khomeini die staatlichen Stellen aufgerufen, auch Frauen in den Kriegsdienst aufzunehmen. Die Präsenz von Frauen in den Schützengräben und Bunkern werde die Männer „ermutigen“. Nach amtlichen Angaben sind bereits 150 Lager für die militärische Ausbildung von Frauen überall im Land eingerichtet worden.

Am 6. April d.J. schließlich wurde ein Erlaß des Amtes des Ministerpräsidenten über die obligatorische Militärausbildung der Angestellten und Beamten des Staatsapparates veröffentlicht. Zuvor hatte das Amt des Ministerpräsidenten in einem anderen Erlaß gefordert, 10% aller Angestellten und 20% der Beschäftigten des Ministeriums für Bildung und Erziehung (hauptsächlich Lehrerinnen und Lehrer) müßten an die Front gehen.

Die jetzige Mobilmachung deutet auf eine erneute iranische Großoffensive hin.

Dabei will man durch einen Präventivschlag einer irakischen Offensive zuvorkommen. Diese könnte mit der wärmen Jahreszeit beginnen, wenn die Sümpfe westlich der von den iranischen Truppen Anfang d.J. eroberten Hafenstadt Fáo austrocknen.

Jedoch ist angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Kriegsgegnern nicht zu erwarten, daß eine erneute „endgültige Offensive“ des Iran zu einem Sieg führen wird. Damit werden aber auch die patriotischen und religiösen Appelle an die Iraner weiter an Wirkung verlieren. Viele werden nicht mehr bereit sein, Opfer für einen Krieg zu bringen, der immer perspektivloser erscheint.

Spontane Proteste nehmen zu

Seit 1984 kommt es immer öfter zu spontanen Protesten gegen die Politik des Regimes, in Wohngebieten, in Betrieben, bei großen Sportveranstaltungen und selbst in den Gefängnissen.

Die Anlässe sind dabei sehr unterschiedlich. Als etwa Pasdaran in der südiranischen Stadt Farsan illegal errichtete Hütten in einem Slumviertel abreißen lassen wollten, kam es zu einer Demonstration der Bewohner, die sich gegen die Regierung und Khomeini selbst richtete. Die Pasdaran richteten daraufhin ein Blutbad an.

Im Frühjahr d.J. protestierten politische Gefangene mit einem Hungerstreik im Gefängnis Gohardascht gegen ihre Verlegung in Einzelzellen.

Iranische Kindersoldaten mit Opferbinde vor dem Fronteinsatz



Am 9. Juni d.J. wurde den Angehörigen der politischen Häftlinge des Teheraner Ewin-Gefängnisses die Besucherlaubnis verweigert. Die Menge marschierte daraufhin zum sog. Amt für landesweite Revision und legte dort eine kollektive Beschwerde ein. Als die Angehörigen lauthals das Regime zu kritisieren begannen, wurden sie von Pasdaran zusammengeschlagen und einige von ihnen verschleppt.

Alleingang der Volksmudjahedin

Zu offenen Demonstrationen gegen den Krieg kam es bereits im Dezember 1984 in den Städten Täbriz und Mashad. Diese breiteten sich im April 1985 auf weitere Städte aus. Anlaß war vor allem die Bombardierung von Wohngebieten durch die irakische Luftwaffe.

Am 11. April 1985 kam es in einem Stadtviertel von Teheran zu einem spontanen Protestzug, nachdem die Pasdaran einen jungen Mann erschossen hatten. Über 300 Teilnehmer wurden verhaftet. Ein weiterer Ausdruck der Kriegsmüdigkeit und der Proteste gegen die sozialen Verschlechterungen ist eine Streikwelle, die seit 1984 nicht mehr abreißt.

Obwohl keine Gewerkschaften bestehen, fanden allein im ersten Halbjahr 1985 ca. 100 Streiks statt. Um die Jahreswende 1984/85 streikten über 10.000 Arbeiter des Stahlwerks Isfahan. Anlaß sind meist Lohnkürzungen, drohende Entlassungen und erzwungene Lohnabgaben für den Krieg.

Diese Aktionen stellen jedoch aus mehreren Gründen längst noch keine ernsthafte Bedrohung für das Regime dar. Dies ist zu einem Teil auf die Wirksamkeit des umfangreichen Unterdrückungs- und Kontrollapparats zurückzuführen. Wichtigste Machtstütze und Repressionsinstrument sind die 250.000 Mann starken Pasdaran, die dem Regime vollständig ergeben sind. Die Funktion der sozialen und politischen Kontrolle erfüllt das weitverzweigte Netz der islamischen Komitees in den Städten. Sie sind sowohl für die Zuteilung von Lebensmittelkarten als auch für Wohnungs- und Arbeitsprobleme zuständig.

Das wichtigste Hemmnis für eine Organisation des spontanen Widerstands ist der politische Terror seitens des Regimes.

Er schreckt die Menschen nicht nur von politischen Aktivitäten ab. Er hatte auch zur Folge, daß die Widerstandsaktionen erheblich dezimiert wurden. Nach Angaben von internationalen Gefangenenhilfsorganisationen befinden sich derzeit über 100.000 politische Häftlinge in den Kerkern des Regimes. Die Zahl der Hingerichteten beläuft sich auf etwa 40.000,

von denen 12.000 mit Personalien bekannt sind.

Unter der Repression haben besonders demokratische und revolutionäre Organisationen zu leiden, die die Revolution von 1979 mitgetragen hatten und heute in Opposition zum Regime gegangen sind. Dazu gehören als wichtigste die Volksmudjahedin, die Demokratische Partei Kurdistans/Iran (DPK/I), die Tudeh-Partei und die Organisation der Volksfedajin Irans (Mehrheit) (OVFI (M)).

Die islamischen Volksmudjahedin, die sich seit 1981 dem bewaffneten Kampf verschrieben haben, hatten sich bereits im selben Jahr im Pariser Exil zusammen mit der DPK/I, kleineren Gruppierungen und dem ehemaligen Präsidenten Bani-Sadr zum Nationalen Widerstandsrat (CNR) zusammengeschlossen. Aufgrund der Vorherrschaftsansprüche der Volksmudjahedin traten sowohl die DPK/I als auch Bani-Sadr aus dem Rat aus.

Im Juni d.J. mußten die Volksmudjahedin auf Druck der französischen Regierung hin, ihr Hauptquartier in den Irak verlegen, mit dessen Regime sie eng zusammenarbeiten.

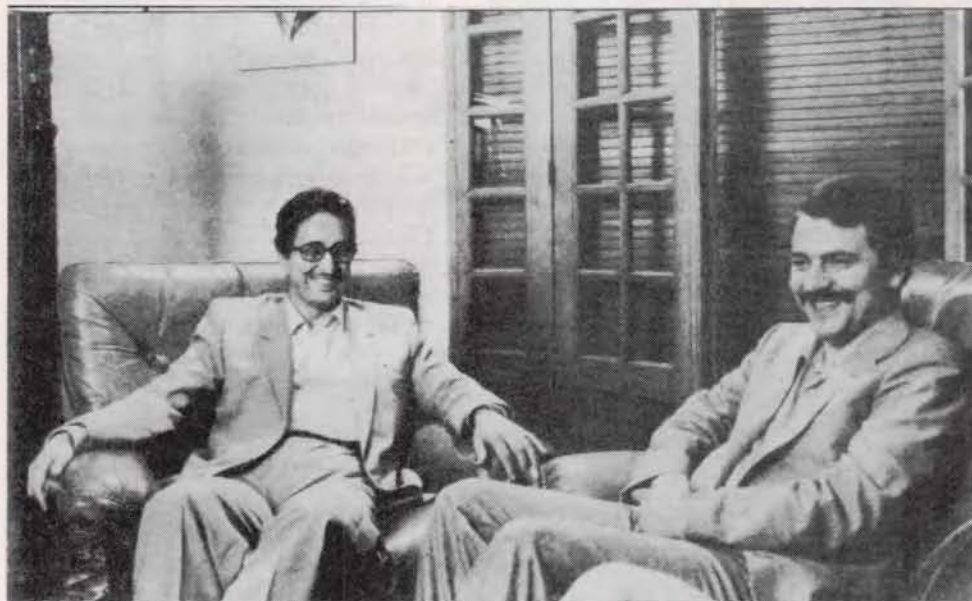
Ihr Führer Mas'ud Rajawie hatte bereits 1982 mit dem irakischen Außenminister

Kämpfen, ihres Alleinvertretungsanspruchs und des extremen Personenkults um Rajawie haben die Volksmudjahedin jedoch an Einfluß eingebüßt. Im Ausland hingegen genießen sie immer breiteren Rückhalt. Dies machen seitenlange Unterstützungsaufrufe in der internationalen Presse deutlich, die von tausenden Politikern, Parlamentsabgeordneten und Gewerkschaftsführern aus aller Welt unterschrieben wurden.⁵

Erstaunlich ist, daß ein Großteil der Aufrufer – neben Sozialdemokraten und Liberalen – konservative Politiker bis hin zu Ministern und Parteivorsitzenden aus CDU und CSU, der Konservativen Partei Großbritanniens, der Republikanischen Partei der USA usw. sind.

Die DPK/I operiert ebenfalls mit ca. 3.000 Partisanen von irakischem Territorium aus. Aufgrund der Offensiven des iranischen Militärs und der Vertreibung von ca. 80.000 Dorfbewohnern aus dem Gebiet Sardascht im Herbst 1984 hält die DPK/I keine befreiten Gebiete mehr. Kleinere DPK/I-Einheiten dringen jedoch regelmäßig in kurdische und nicht-kurdische Städte ein – wie Anfang 1986 in Täbriz – und führen Sabotageakte gegen das Regime durch.

Die kommunistische Tudeh-Partei, die –



Ehemalige oppositionelle Verbündete Expräsident Bani-Sadr und Volksmudjahedin-Führer Rajawie im Pariser Exil

Tarik Aziz einen gemeinsamen Entwurf eines Waffenstillstandsprogramms vorgelegt.

Die Volksmudjahedin leisten im Iran vor allem Propagandaarbeit, führen Attentate gegen Persönlichkeiten und Einrichtungen des Regimes durch und unterhalten in Irakischem-Kurdistan eine kleine Guerillaeinheit. Sie lehnen die Zusammenarbeit mit anderen Oppositionsgruppen ab und stellen sich als einzige Alternative zum Khomeini-Regime dar.

Aufgrund der Repression des Regimes, ihrer Nichtbeteiligung an sozialen

ebenso wie die OVFI(M) – noch 1983 hoffte, durch die Unterstützung „progressiver Elemente“ in der iranischen Führung eine weitere Rechtsentwicklung des Regimes verhindern zu können, wurde Anfang 1983 durch die Verhaftung des Großteils ihrer Führung und von 8.000 Mitgliedern erheblich geschwächt. Sie ist jetzt dabei, ihren Parteiapparat wieder aufzubauen. Gemeinsam mit der OVFI(M) tritt sie für den Zusammenschluß aller linken und demokratischen Kräfte ein, um eine sofortige Beendigung des Krieges zu erreichen und

das Regime zu stürzen.

Die OVFI(M), der es 1983 gelang, ihren Apparat weitgehend vor der Repression zu schützen, ist heute die stärkste linke Organisation im Iran. Sie wirkt in legalen Organisationen des Regimes und versucht im Untergrund die Proteste weiterzuentwickeln.

Daß diese Widerstandsorganisationen heute noch keine Alternative zum Regime darstellen, liegt u.a. daran, daß es bisher zu keiner Einigung unter ihnen gekommen ist und sie sich sogar gegenseitig bekämpfen. Grund dafür sind nicht nur unterschiedliche politische Vorstellungen, sondern Vorherrschaftsansprüche und die Unfähigkeit begangene Fehler einzugestehen.

Einzelne Organisationen tragen ihre Differenzen sogar militärisch aus. So lieferten sich die DPK/I und die ultralinke Komele, die ebenfalls in Kurdistan operiert, im letzten Jahr Gefechte.

Monarchisten pro Armeeputsch

Dies hat nicht nur zur Folge, daß ein Vertrauenszuwachs für die Widerstandsorganisationen erschwert wird, sondern vergrößert zudem die Autorität der reaktionären monarchistischen Opposition sowie der bürgerlichen Regimekritiker. Der Obskurantismus der herrschenden islamischen Geistlichen, die Repression und die wirtschaftliche Verelendung lassen vielen Iranern selbst die Zustände unter dem Schah-Regime noch als ein anstrengenswertes Ziel erscheinen.

Dies machen sich vor allem der letzte Premierminister unter dem Schah, Schapur Bachtiar, und seine Nationale Widerstandsbewegung im Pariser Exil zunutze, die vor allem unter den Mittelschichten und der Bourgeoisie über Einfluß verfügt.

Seine Organisation und andere monarchistische Bewegungen setzten vor allem auf einen Putsch innerhalb der Armee, um das Regime zu stürzen. Angesichts der wachsenden Überlegenheit der Pasdaran gegenüber den Streitkräften dürfte dies jedoch ein aussichtsloses Unterfangen sein.

Innerhalb des Iran wirken zudem liberal-bürgerliche Oppositionelle, so der ehemalige Premierminister Khomeinis, Mehdi Bazargan, der die Freiheitsbewegung anführt, sowie ehemalige Minister der ersten nachrevolutionären Regierung.

Sie können halblegal wirken, auch wenn das Büro der Freiheitsbewegung geschlossen, ihre Zeitung verboten, und Bazargan die Kandidatur zur Präsidentschaftswahl 1985 verweigert wurde. Diese Maßnahmen und Übergriffe von fanatischen Regime-Anhängern erfolgten vor allem, weil sich die geduldeten Opponen-

ten vorsichtig für eine Verhandlungslösung im Golfkrieg aussprechen.

Die rechte Opposition dürfte jedoch keine Chance haben an die Macht zu kommen, solange sich nicht eine Fraktion der herrschenden Geistlichkeit mit ihnen verbündet.

In letzter Zeit haben die Widersprüche und Fraktionskämpfe innerhalb der Staatsführung an Schärfe zugenommen. Grund dafür sind vor allem die Perspektivlosigkeit des Krieges, die Wirtschaftskrise und die wachsenden sozialen Proteste.

Diese Fraktionskämpfe und die Sorge um die Stabilität des Regimes traten am deutlichsten im Oktober und November 1985 bei der Vertrauensabstimmung über die neue Regierung unter Mir-Hossein Musavi und die Ernennung Ajatollah Hossain-Ali Montaseris zum Nachfolger Khomeinis zutage.

Da eine Beendigung des Krieges die Stabilität des Regimes erst recht in Frage stellen würde und dies dem Scheitern des wichtigsten Zieles der Herrschenden gleichkäme, sind sich alle Fraktionen darin einig – zumindest nach außen – die Kriegsanstrengungen zu verstärken. Einigkeit besteht auch darin, was den Terror gegen die Widerstandskräfte angeht.

Einheitsappelle Khomeinis

Widersprüche brechen vor allem in wirtschaftspolitischen Fragen auf. Derzeit lassen sich in der Führung zwei Strömungen ausmachen, die grob als Radikal-Fundamentalisten und als Zentristen bezeichnet werden können.

Die Radikalen, zu denen Staatspräsident Khamene'i, Generalstaatsanwalt Kho'iniha und ein Großteil der Pasdaran-Führung gehören, befürworten eine größere staatliche Kontrolle der Wirtschaft. Außenpolitisch sind sie stärker anti-amerikanisch orientiert und befürworten den Export der „islamischen Revolution“.

Die Zentristen, die sich um Parlamentspräsident Hascheimi Rafsandjani und Premierminister Musavi gruppieren, treten für eine stärkere Liberalisierung der Wirtschaft und für den Ausbau der Beziehungen zu den westlichen Staaten (vor allem EG und Japan) ein.

Die Widersprüche traten offen zutage, als 1/3 des Parlaments der Regierung Musavi im Oktober 1985 die Zustimmung verweigerte.

Wieder einmal rief Khomeini daraufhin zur „geheiligten Einheit“ auf, damit eine „Niederlage des Islam“ verhindert werde. Und er verurteilte „parlamentarische Praktiken westlicher Art“.

Zu erneuten Auseinandersetzungen kam es, als am 23.11.1985 verkündet wurde,

daß Ajatollah Montaseri, der auf Seiten der Zentristen steht, vom Expertenrat zum Nachfolger von Khomeini ernannt wurde. Der Expertenrat, dem 12 Geistliche angehören, überprüft Parlamentsbeschlüsse auf ihre Verfassungsmäßigkeit.

Der in der Verfassung verankerten Doktrin der *welajat-e faghiih* (Statthaltschaft des religiösen Würdenträgers) zufolge wird Montaseri nach dem Tode Khomeinis die Position des Führers der Islamischen Republik übernehmen.

Die Benennung Montaseris stieß in Kreisen der erzkonservativen Geistlichkeit, etwa bei Ajatollah Golpajgani, auf heftigen Protest. Montaseri sei vom Wissen und von seinem Rang her für die Führungsposition nicht geeignet. Auch im Expertenrat hatten eine Reihe von Mitgliedern die Wahl eines „Rates von religiösen Würdenträgern“ befürwortet, dem u.a. Montaseri angehören könnte. Parlamentspräsident Rafsandjani, zugleich Vizepräsident des Expertenrates, sowie Khomeini persönlich waren hingegen für die Ernennung Montaseris eingetreten und hatten die endgültige Entscheidung hervorgerufen.

Mit Blick auf die tiefe wirtschaftliche und soziale Krise des Landes verwies der Parlamentsabgeordnete Fachreddin Hedjasi im November 1985 auf die Bedeutung der Ernennung Montaseris:

„Die Entscheidung mußte schnell fallen und bekannt werden. Unser Land befindet sich in einer Situation, in der der Tod Ajatollah Khomeinis zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen könnte. Ich gehe noch weiter und sage, ein Bürgerkrieg im Iran wird weitaus furchtbarer und verheerender als im Libanon sein.“

Furcht vor einem Bürgerkrieg

Tatsächlich fungiert Khomeini heute als eine Klammer, die die verschiedenen verfeindeten Teile der Führung des Regimes zusammenhält. „Die Präsenz Khomeinis“, so Hedjasi weiter, „schützt das Land vor einem endgültigen Zerfall ... sonst bleibt kein Stein auf dem anderen.“

Ob mit der Bestimmung Montaseris diese Gefahr gebannt ist, scheint jedoch, aufgrund des geringen Ansehens, das er genießt, mehr als fraglich. Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß mit der Fortdauer des Golfkrieges die Proteste und damit die Instabilität des Regimes zunehmen werden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Ettlé'at, Teheran, 6.8.1984
- 2) Zit. nach: Djomhuri-e Eslami, Teheran, 12.8.1984
- 3) Zit. nach: Keyhan, Teheran, 12.12.1984
- 4) Angaben, Vergleich und Wertungen nach: Keyhan, 17.11.1985
- 5) Vgl. Le Monde, Paris, 10.7.1985



Peschmerga im Iran: Verteidigungsstellung in Rewanduz

Dieter Falk

Die Kurdenbewegung zwischen vielen Feuern

Die kurdische Nationalbewegung, die bis in den 2. Weltkrieg hinein ihren Ausdruck in lokal begrenzten Aufständen unter Führung traditioneller politischer und religiöser Würdenträger gefunden hatte, ist auch in der Folgezeit unter den Bedingungen des Wachstums einer von bürgerlichen und schließlich sogar von sich zum Sozialismus, wenn nicht gar zum Marxismus-Leninismus, bekennenden Kräften geführten modernen Nationalbewegung in hohem Maße durch die unterschiedliche Lage in den vier Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien (siehe Kästen) geprägt.

„Autonomie“ allenfalls auf Papier

Am ungünstigsten ist ihre Situation zweifellos in Syrien. Die Kurden genießen hier keinerlei spezielle kulturelle oder gar politische Rechte.

Soweit in den vergangenen Jahren der Ausdruck eigener Kultur etwa in Form von Musikkassetten oder des Feierns des Neujahrfest „Newroz“ stillschweigend geduldet wurde, war das offensichtlich nur das Ergebnis der Tatsache, daß das Baath-Regime voll mit der Bekämpfung der islamischen Fundamentalisten – Muslimbrüder und andere – beschäftigt

war und in diesem Zusammenhang die Unterstützung oder Neutralität aller gegen diese eingestellten Kräfte suchte.

Seit das Regime dieses Problem mit Waffengewalt gelöst hat, ist die Duldsamkeit gegenüber derartigen Ausdrucksformen kurdischen Nationalbewußtsein deutlich geringer geworden. Daß aus Syrien zur Zeit keine spektakulären Maßnahmen gegen die Kurden gemeldet werden, mag einerseits das Ergebnis der Tatsache sein, daß das syrische Regime in seiner Auseinandersetzung mit dem Irak und teilweise der Türkei die dortigen kurdischen Organisationen zu instrumentalisieren sucht. Vor allem aber ist es ein Ausdruck dessen, daß der relativ geringe Bevölkerungsanteil der Kurden es diesen ohnehin nicht erlaubt, einen Kampf um mehr als gewisse kulturelle Freiheiten zu führen.

Entsprechend schwach scheinen auch die fünf – natürlich illegalen – kurdischen Parteien in Syrien zu sein. Unter den syrischen Kurden scheint die Kommunistische Partei Syriens eine größere Rolle zu spielen. Enger noch als in den übrigen Teilen Kurdistans ist die Situation der Kurden in Syrien mit dem Kampf um Demokratie im ganzen Land verbunden.

Im Irak, der in den 60er und frühen 70er Jahren Zentrum der kurdischen Nationalbewegung war, wurden die Kurden bereits in der nach dem Sturz der Monarchie 1958 veröffentlichten „vorläufigen Verfassung“ als eigenständige Nation anerkannt, eine Position, die am 11. März 1970 von der heute noch herrschenden Baath-Partei im Manifest über die „Autonomie Kurdistans“ bekräftigt wurde.

In der Realität mußte die kurdische Nationalbewegung im Irak jedoch alle über die grundlegendsten kulturellen Freiheiten hinausgehenden Rechte mit der Waffe in der Hand gegen alle aufeinanderfolgenden Regimes stets aufs neue erkämpfen. Die Bagdader Regimes haben sich dabei der gleichen kriminellen Mittel bedient wie die der anderen drei Staaten: Wirtschaftsblockade, systematische Bombardierung von Dörfern, Zwangsdeportationen – vor allem in den Grenzgebieten –, Ansiedlung von Arabern oder im Fall der Türkei von Türken – dort seit 1982 sogar von turksprachigen Afghanen – in kurdischen Gebieten, Massenexekutionen, Folter.

Dennoch sind im Irak die inzwischen allerdings auch stark zurückgenommenen kulturellen Rechte weit größer als in den anderen Ländern, vor allem als in der Türkei. Der Grund dafür liegt weniger in einer besonderen Aufgeklärtheit der irakischen Führung als vielmehr in deren relativer struktureller Schwäche.

Anders als die Türkei und der Iran, die eine lange zentralstaatliche Geschichte haben, ist der Irak ein vom Imperialismus nach dem 1. Weltkrieg geschaffenes Kunstprodukt, in dem sich die herrschende Klasse wesentlich aus der arabisch-sunnitischen Bevölkerungsgruppe rekrutiert, die weit weniger als 50% der Gesamtbevölkerung stellt.

Die „Republik von Mahabad“

Auch im Iran ist die kurdische Nationalbewegung stets blutig unterdrückt worden, obwohl sie bis auf die Zeit der nach einjähriger Existenz im Frühjahr 1947 aufgrund der inneren Schwäche und nach dem Einmarsch der kaiserlich-iranischen Armee zusammengebrochenen „Republik von Mahabad“ nie mehr als Autonomie innerhalb des Iran gefördert hatte.

Wie zur Schah-Zeit (bis Februar 1979; d. Red.) ist auch unter der „Islamischen Republik“ ihre mit der Autonomie verbundene Forderung nach Demokratie im Iran nicht mit den Interessen der herrschenden Bourgeoisie in Einklang zu bringen. Die „Islamische Republik“ eskaliert den von ihr seit 1979 geführten Krieg gegen Kurdistan in dem Maße, wie es ihr nicht gelingt, den Krieg mit dem

Irak für sich zu entscheiden und wie ihre Unterstützung in der Bevölkerung abbröckelt.

Die größere Stärke der kurdischen Nationalbewegung einerseits und der von den Herrschenden geschürte religiöse Fanatismus vor allem auf seiten der in Kurdistan eingesetzten „Pasdaran“ macht die Auseinandersetzungen noch brutaler als zur Schah-Zeit.

Am schwierigsten ist die Situation der kurdischen Nationalbewegung wahrscheinlich in der Türkei, wo ihre Entwicklung auf der anderen Seite gleichzeitig am wichtigsten ist.

Einerseits geht hier die nationale Unterdrückung seit der Zeit des Republikgründers Mustafa Kemal (ihm war es seinerzeit mit kurdischer Hilfe gelungen, die ausländischen Interventen zu schlagen und die kurdische und türkische Bourgeoisie auf Kosten der vertriebenen Griechen und Armenier zu bereichern) so weit, daß selbst die Existenz des kurdischen Volkes geleugnet wird. Bis vor kurzem wurden sie als „Bergtürken“ bezeichnet.

Hartes Los der „Bergtürken“

Ihre Sprache, die angeblich nur ein degeneriertes Türkisch ist, wurde im öffentlichen Leben verboten. Unter der Herrschaft der Kemalisten trat der türkische Staat in Kurdistan bis 1950 vor allem als militärische Besatzungsmacht auf, die in jedem Dorf einen Militärposten unterhielt. Zwischen 1923 und 1938 waren drei Volksaufstände mit einer Brutalität niedergeschlagen worden, die in nichts der von den deutschen Faschisten in den besetzten Ländern entfalteten nachstand.

Ab 1950 wurde die bis dahin durchgeführte Politik der militärischen und kulturellen Unterdrückung durch eine direkte wirtschaftliche Ausbeutung ergänzt. Kurdistan wird wirtschaftlich entwickelt, aber fast ausschließlich zugunsten der westlichen Türkei. Es gerät somit auch ökonomisch in die Lage einer internen Kolonie.

Diese Entwicklung, die nicht zuletzt die – scheinbar endgültige – Liquidierung der kurdischen Nationalbewegung in den 20er und 30er Jahren zur Voraussetzung hatte, führte zunächst zu einer verstärkten Integration der „feudalen“ und bürgerlichen Kräfte der kurdischen Gesellschaft in die herrschende Klasse der türkischen Republik. Sie wurde darüber hinaus, da sie von der oppositionellen, zwar sozial konservativen, aber gegenüber der kemalistischen etatistischen Republikanischen Volkspartei (CHP)

politisch zunächst liberalen Demokratischen Partei eingeleitet wurde, auch in Kurdistan weitgehend begrüßt. Die kurdische Nationalbewegung hörte in dieser Zeit praktisch auf zu bestehen.

Und das in einem Land, das als einziges im Nahen Osten NATO-Mitglied wurde und in den folgenden Jahrzehnten eine, wenn auch vom Imperialismus abhängige, finanzkapitalistische Struktur herausbildete und auf dieser durch historische Ansprüche ideologisch verstärkten Grundlage (Osmanisches Reich; d. Red.) zum subimperialistischen Zentrum in der Region werden sollte.

Sowohl die Kurden in der Türkei als auch die im Iran waren mit einem starken Zentralstaat konfrontiert, eine Situation, die im Iran lediglich im Zuge des 2. Weltkrieges durch die teilweise Besetzung iranischen Territoriums durch die Rote Armee in Frage gestellt wurde, die



Unten: Mustafa Barzani (X) als Generalstabschef der Republik Mahabad und deren Präsident Quazi Mohammed (sitzend); oben: Exekution kurdischer Kämpfer 1979 im Iran



die Gründung der ephemären Kurdenrepublik von Mahabad und der Republik Aserbaidshan ermöglichte. Das Zentrum der kurdischen Nationalbewegung verlagerte sich daher nach dem Zusammenbruch der Republik von Mahabad in den Irak.

Im Irak war 1946 nach iranischem Vorbild eine Demokratische Partei Kurdistans (KDP) gegründet worden, deren Präsident Mulla Mustafa Barzani war, Sohn einer kleinen aber mächtigen Sheikh-Familie im Badinan-Gebiet im Norden Irakis-Kurdistans. Bis zum Sturz der irakischen Monarchie 1958 mußte sich die KDP-Irak, die gleich der KDP-Irans eher eine nationalistische Frontorganisation als eine ideologisch einheitliche Partei war, den Einfluß auf die kurdische Bevölkerung des Irak mit der Kommunistischen Partei des Irak (KPI) teilen.



Möglicherweise war die KPI, die nicht nur die stärkste marxistische Partei in der Region war, sondern die auch als einzige bereits 1935 den Kurden das Recht auf staatliche Unabhängigkeit zugestanden hatte, in dieser Zeit sogar die führende Kraft in Kurdistan. Diese Position konnte in der Folgezeit jedoch zweifellos die KDP übernehmen, nachdem sich die KPI in der Praxis zunächst gegenüber dem Kassem-Regime (1958-63) und dem zweiten Baath-Regime (ab 1968) veranlaßt sah, ihr Bündnis mit KDP gegenüber der jenem mit dem eine Zeit lang antiimperialistisch auftretenden Regime hintanzustellen.

Eines der grundlegenden Probleme der kurdischen Nationalbewegung im Irak bestand darin, daß die KDP ursprünglich im wesentlichen eine Gründung bürgerlicher Intellektueller aus dem städtischen Milieu des südlichen Teils des irakischen Kurdistan war. Im Irak bot sich aufgrund des gesamtationalen Kräfteverhältnisses der bewaffnete Kampf als Hauptkampfform besonders an.

Um einen solchen auf ein relativ schnelles Ergebnis abzielenden Kampf zu führen, war die KDP jedoch auf die bewaffnete Macht der kurdischen Stämme angewiesen. Sie ernannte daher Mulla Mustapha Barzani zum Präsidenten der Partei. In dem Maße, in dem der Konflikt mit der Regierung in Bagdad in verschiedenen Zeiten in bewaffneter Form ausgetragen wurde, gewannen die durch Barzani repräsentierten traditionalistischen Elemente der kurdischen Gesellschaft gegenüber der bürgerlichen und kleinbürgerlichen politischen Führung der Partei die Oberhand.

Sie verhinderten Anfang der 70er Jahre die Durchführung einer Agrarreform in Kurdistan und untergruben durch diese und andere sozialreaktionäre Maßnahmen die Möglichkeit einer kontinuierlichen Mobilisierung der kurdischen Volksmassen.

Die Tendenz zur Aufrechterhaltung der Macht der traditionellen Führung wurde und wird durch mehrere Faktoren gestärkt: Im irakischen Kurdistan haben die traditionellen Führer – oder zumindest eine große Zahl von ihnen – seit je für die Aufrechterhaltung der aufgrund des Kräfteverhältnisses gegebenen relativen Autonomie gekämpft. Anders als in der Türkei, wo sie nach ihren blutigen Niederlagen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ökonomisch und politisch voll in die herrschende Klasse der Republik integriert wurden, sind sie hier wichtiger Bestandteil der nationalen Bewegung geblieben. Darüber hinaus führt der auf die Kurden von der Zentralregierung ausgeübte Druck in Form von Krieg und Deportationen zu einer Verfestigung des Stammesbewußtseins.

Sozial ohne Perspektive und politisch mit kaum einem anderen Konzept ausgerüstet als dem „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ hat sich diese kurdische Führung Anfang der 70er Jahre völlig in die Hände solcher bekannter Feinde jeder nationalen Befreiungsbewegung und auch des kurdischen Volkes wie des Schahs, der USA und Israels begeben. Die Folge war der bis dahin katastrophalste Zusammenbruch der kurdischen Bewegung, als sich der Schah 1975 im Abkommen von Algier seine Unterstützung der irakischen Kurden vom Baath-Regime durch ein territoriales Zugeständnis am Schatt al-Arab abkaufen ließ.

Dieser Zusammenbruch führte zu einem Auseinanderfallen der bis dahin formal mit kurzen Unterbrechungen einheitlichen kurdischen Nationalbewegung.

Comeback der Barzanis

Eines der wichtigsten Ergebnisse war die Formierung der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) unter Führung von Jallal Talabani und anderen Angehörigen der städtischen Intelligenz, die in den 60er Jahren von Barzani in der KDP entmachtet worden waren. Die PUK, deren Einflußbereich sich vor allem auf den Süden des kurdischen Gebietes erstreckte, nahm als erste den bewaffneten Kampf wieder auf.

Innerhalb der KDP ermöglichte es erst die iranische Revolution den Söhnen Barzanis, erneut die Macht an sich zu reißen. Vom iranischen Regime unterstützt und dafür im Gegenzug Söldnerdienste gegen die KDP-Iran leistend, ge-

lang es ihnen, die KDP-Irak wieder zu einem Machtfaktor zu machen. Mit dazu beigetragen hat zweifellos auch die Entscheidung der zwischenzeitlich von der Baath-Partei verfolgten und illegalisierten KPI, nach einem Monat die gegründete Oppositionsfront mit der PUK zugunsten eines Bündnisses mit der KDP faktisch zu kündigen.

Die wirklichen Gründe der KPI für diesen Schritt können nur vermutet werden. Ein Aspekt könnte die auch von der KPI zu Beginn geteilte falsche Einschätzung des Khomeini-Regimes als antiimperialistische „volksverbundene“ Kraft sein, mit der sich daher ein Bündnis anböte. Ein weiterer Aspekt könnten die traditionellen Animositäten zwischen der



Irakischer KDP-Führer Idris Barzani

KPI und der Liga der Werktätigen Kurdistan (Komele), einem wichtigen Bestandteil der PUK, sein. Die Komele bezeichnet sich als marxistisch-leninistische kurdische Organisation, steht in ihrem Selbstverständnis links von der KPI, und konkurriert somit seit ihrer Gründung 1970 mit der Kurdistan-Sektion der KPI.

Parallel zum Kampf gegen die Baath-Regierung, in dem es den kurdischen Organisationen gelungen ist, in verschiedenen Teilen Kurdistan halb- und völlig befreite Gebiete zu schaffen, ist es seit Ende der 70er Jahre immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Organisationen der kurdischen Nationalbewegung gekommen, vor allem zwischen der PUK und der KDP, aber auch zwischen der PUK und der KPI sowie in einem Fall auch zwischen der KDP und der relativ kleinen Volksdemokratischen Partei Kurdistan (KPDP).

Die KPDP wird von Muhammad Abd er-Rahman geführt, der von 1976-79 Generalsekretär der „KDP-Provisorische

Führung" war. Auf dem 9. Kongreß der KDP, der im Iran stattfand, weigerte er sich, die KDP als iranische Söldnerorganisation einzusetzen und verließ die von nun an wieder von den Barzani geführte Partei.

Die Hintergründe der bewaffneten Zusammenstöße werden von den beteiligten Parteien völlig konträr dargestellt. Das verbindende Element scheinen der Monopolanspruch der jeweiligen Parteien über die kurdische Bewegung insgesamt oder zumindest über bestimmte Gebiete zu sein sowie auch alte persönliche Feindschaften, wie die zwischen den Barzani, die mit dem iranischen Regime zusammenarbeiten, und Talabani, der mit den Organisationen der iranischen Kurden kooperiert.

Diese Auseinandersetzungen haben natürlich das Ansehen der kurdischen Parteien auch in der eigenen Bevölkerung nicht gestärkt, sondern dem Regime gedient. Das gilt im Hinblick auf die Unterstützung der nichtkurdischen Bevölkerung im Irak für die Rechte der Kurden sicherlich auch für die Zusammenarbeit der KDP mit dem Iran, eine Zusammenarbeit, die inzwischen – wenn auch mit der angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses naheliegenden Vorsicht – auch von Bündnispartnern der KDP, der KPI, der KPDP und der KSP, kritisiert wird.

Darüber hinaus ist die kurdische Bewegung im Irak mit einem weiteren Problem konfrontiert.

Wie die KDP-Iran kämpft sie für „Autonomie für Kurdistan und Demokratie für Irak“. Ihre nichtkurdischen Partner – im Falle der KDP vor allem die KPI, im Falle der PUK u.a. prosyrische Baathisten – waren jedoch bislang nicht in der Lage, in den nichtkurdischen Gebieten des Landes effektiv zu arbeiten.

Der Widerstand gegen das Baath-Regime bleibt daher weitestgehend auf Kurdistan beschränkt und scheint so vorerst kaum in der Lage, das Regime Saddam Husseins zu stürzen und durch ein demokratisches zu ersetzen.

Anlehnen an Teheran?

Seit etwa einem halben Jahr haben sich die Beziehungen zwischen den kurdischen Parteien im Land deutlich verbessert. Das geht soweit, daß die zur Nationaldemokratischen Front (Djud, gegr. 1980, siehe Irak-Artikel; d. Red.) Djud gehörende Sozialistische Partei Kurdistans eine gemeinsame Erklärung mit der PUK unterschrieben hat.

Zu den Gründen für diese Entspannung haben vermutlich die folgenden Faktoren beigetragen: Einerseits sind in der PUK gehörenden Komele seit langem bestehende ideologische Differenzen im

Wer sind die Kurden?



Mit über 20 Mio bilden die Kurden, die eine mit dem Persischen verwandte iranische Sprache sprechen, hinter Arabern und Türken das drittgrößte Volk im Nahen Osten. Die Mehrheit dieser 20-25 Mio Kurden lebt in einem geschlossenen Siedlungsraum, der sich im Westen ungefähr bis Sivas und Kahramanmaraş in der Türkei und Aleppo in Nordsyrien, im Norden bis Erzincan und Kars in der Türkei, im Osten bis zum Urmiya-See im Iran und im Süden bis Khanaqin im Irak bzw. südlich von Kermanshah im Iran erstreckt.

Mit über 10 Mio stellen die Kurden in der Türkei, wo außer in Kurdistan bedeutende Gruppen in den Städten der Westtürkei und als Ergebnis von Zwangsdeportationen in ganzen Dörfergruppen westlich und östlich des Tuz Gölü in der Provinz Konya leben, ca. 1/5 der Gesamtbevolkerung. Mit 3 Mio stellen sie im Irak rund 28% der Gesamtbevölkerung. Im Iran sind die 6 Mio Kurden die größte Minderheit dieses über 35 Mio Einwohner zählenden Landes. In Syrien stellen sie mit 825.000 Menschen etwa 11% der Bevölkerung. Kleinere Gruppen von Kurden befinden sich im Libanon, in der UdSSR – hier vor allem in Armenien und Aserbaidschan

aber auch bis nach Kirgisien –, in Afghanistan und sogar in Pakistan.

Das Siedlungsgebiet dieses Volkes, das sich auf das Staatsvolk des antiken Mederreiches zurückführt, ist überwiegend gebirgig und war durch seine geographische Lage stets dem Einfluß oder sogar direkten Zugriff stärkerer Nachbarvölker und ihrer Reiche ausgesetzt. Im Ergebnis ist es dem kurdischen Volk, das im Laufe seiner Geschichte verschiedene kulturell und wirtschaftlich blühende Fürstentümer und so bedeutende Persönlichkeiten wie den Sultan Salah ad-Din al Ayubi, der 1187 die Kreuzfahrer vernichtend schlug, hervorgebracht hatte, nie gelungen, einen kurdischen Gesamtstaat zu gründen. Vielmehr fand sich Kurdistan bis zum Ende des 1. Weltkrieges auf das osmanische und das persische Reich aufgeteilt und wurde danach im Zuge der Zerschlagung des osmanischen Reiches und der imperialistischen Aufteilung der arabischen Welt auf die vier Staaten Türkei, Iran, Syrien und Irak aufgeteilt.

Der kulturelle und ökonomische Niedergang der islamischen Welt hatte zuvor bereits die Ansätze der Staatenwerdung bei den Kurden zerstört und sie weitgehend auf die traditionellen Stammesstrukturen zurückgeworfen. Die naturräumlichen Gegebenheiten im Hochgebirge, das Zurückgeworfensein auf die Stammesstrukturen, die politischen Eingriffe zunächst der Reiche der Osmanen und der Perser und schließlich der Imperialisten und ihrer lokalen Statthalter im Irak und in Syrien waren und sind wesentliche Gründe für die sprichwörtliche Uneinigkeit der Kurden.

Diese Uneinigkeit ist ihrerseits einer der wichtigsten Gründe dafür, daß das kurdische Volk heute das wohl größte Volk auf der Welt ist, dem das nationale Selbstbestimmungsrecht immer noch erfolgreich von allen Staaten, die Kurdistan unter sich aufgeteilt haben, verwehrt werden kann. **D. Falk**

Kurdisches Bergdorf in der Türkei, nahe Hakkari



Zusammenhang mit den Verhandlungen der PUK mit der Regierung (1983-84; d. Red.) offen zu Tage getreten. Sie haben die PUK insgesamt geschwächt und damit auch ihren tendenziellen Hegemonieanspruch. In diesem Zusammenhang ist es gleichzeitig zu einer vorsichtigen Annäherung der PUK an den Iran gekommen, während sich der Abstand der KDP-Iraks zum Khomeini-Regime auf Druck ihrer Partner in der Djud etwas vergrößert hat.

Der die kurdische Nationalbewegung seit jeher spaltende äußere Faktor hat also leicht an Einfluß verloren. Unter diesen positiven Bedingungen hat die KDP nach eigenen Aussagen Mitte Mai 1986 den größten militärischen Sieg der kurdischen Bewegung der letzten 25 Jahre errungen, indem sie nach der Eroberung des Dorfes Mengisch bei Duhok nunmehr „unmittelbar die Straße zwischen Bagdad und Ankara und die Erdölleitung von Mossul nach Yumurtalik (Türkei) bedroht“.

Eine ähnliche Situation wie im Irak herrscht auch im Iran. Links von der KDP-Iran existiert in der Komele eine sich als marxistisch-leninistisch verstehende Partei, die vor allem Anklang bei der Jugend findet und die der KDP als der traditionellen Partei der iranischen Kurden ihren Platz in harten ideologischen Attacken streitig macht. Der Hegemonieanspruch der KDP und die oft linkssektiererische Praxis der Komele haben zu blutigen Kämpfen zwischen beiden geführt.

Die KDP, die ebenfalls Autonomie und Demokratie fordert, hat darüber hinaus durch Gespräche mit dem Khomeini-Regime das ihre dazu beigetragen, das durch deren Hegemonieanspruch ohnehin stark belastete Bündnis mit der kleinbürgerlichen linksislamischen Organisation der Volksmodjahedin im sog. Nationalen Widerstandsrat beendet, ohne stattdessen neue nichtkurdische Bündnispartner von Gewicht gefunden zu haben. Ihre langjährigen engen Beziehungen zur Tudeh-Partei sind durch deren lange Zeit zu positive Sicht des Kho-

meini-Regimes und ihren gleichzeitigen Konflikt mit der KDP stark gestört. Ein solches Bündnis stellt zur Zeit auch keine Alternative zum Bündnis mit den Volksmodjahedin dar, deren politische und vor allem auch militärische Präsenz im Iran viel größer als die der Tudeh ist.

Die aktuelle Situation in Iranisch-Kurdistan ist die, daß die kurz nach der iranischen Revolution befreiten Gebiete heute nicht mehr unter ausschließlicher Kontrolle der kurdischen Parteien und der noch immer dort operierenden Einheiten der Volksmodjahedin stehen. Diese mußten angesichts der manifesten Überlegenheit der iranischen Truppen, die zu einem Großteil in Kurdistan konzentriert sind, wieder zur klassischen Guerilla zurückkehren.

Hauptfront Türkei

Die Hauptfront der nationalen Befreiungsbewegung des kurdischen Volkes befindet sich, ungeachtet der Tatsache, daß der Kampf hier – abgesehen von Syrien – mit Abstand am wenigsten entwickelt ist, zweifellos in der Türkei.

Als militärisch und wirtschaftlich stärkster Staat in der Region, der mit imperialistischer Unterstützung zum subimperialistischen Zentrum ausgebaut wird, hat die Türkei in der Vergangenheit bereits mehrfach im Irak aber auch im Iran gegen die kurdische Nationalbewegung eingegriffen. Die Schwächung oder gar der Sturz der in der Türkei herrschenden Bourgeoisie würde deshalb das regionale Kräfteverhältnis deutlich zugunsten der kurdischen Nationalbewegung verändern.

Angesichts der explosiven Potenzen der Verbindung des sozialen mit dem nationalen Kampf wird die kurdische Nationalbewegung in der Türkei eine möglicherweise ausschlaggebende Rolle für eine Revolution in der Türkei spielen. Die kurdische Bewegung in der Türkei ist besonders eng mit der Entwicklung der Arbeiterklasse der Türkei und generell der marxistischen Linken verbunden.

Während ein großer Teil der Mitgliedschaft der linken Organisationen in der Türkei Kurden sind, können sich bis auf die KUK und die PPKK alle wichtigeren kurdischen Organisationen entweder – wie die TKSP – auf die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) oder die aus der Studentenbewegung hervorgegangene Neue Linke zurückführen. Mit ihr teilen sie charakteristische Schwächen und Stärken.

Zu den positiven Seiten gehört das gegenüber den großen Organisationen im Irak und Iran stärkere Bewußtsein von der Notwendigkeit der Verbindung des nationalen Befreiungskampfes mit dem Kampf um die soziale Befreiung der Arbeiter und Bauern. Gleichzeitig teilen sie auf der anderen Seite jedoch mit ihr auch die negative Tendenz zur Spaltung.

Die Zahl der kurdischen Organisationen aus der Türkei beträgt zur Zeit 15, von denen sich 14 als marxistisch bezeichnen. Sowohl bei der türkischen als auch bei der kurdischen Linken gehört die langjährige Unterbrechung einer organisatorischen Tradition und entsprechend das Fehlen einer oder weniger Organisationen mit eindeutiger Hegemonie zu den Gründen dafür. Speziell bei den kurdischen Organisationen mögen stets auf Spaltung gerichtete tribale Züge im Volkscharakter als Überbleibsel aus früheren sozialökonomischen Strukturen auch eine Rolle spielen.

Wie abenteuerlich ist die PKK?

Dennoch hat das höhere ideologische Niveau der meisten dieser Parteien mit dazu beigetragen, daß sie ihre ideologischen Streitigkeiten im allgemeinen nicht mit der Waffe ausgetragen haben. Eine relevante Ausnahme bilden dabei lediglich die KUK und die in jüngster Zeit besonders bekannt gewordene PKK. Die KUK, d.h. Nationale Befreier Kurdistan, ist die Linke Mehrheitsfraktion der 1965 nach irakischem Vorbild und mit Barzanis Unterstützung gegründeten KDP der Türkei.

Die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) ist aus der studentischen Linken Anfang der 70er Jahre entstanden. 1978 kam es zwischen beiden Organisationen zu blutigen Auseinandersetzungen, die über 200 Tote forderten.

Die PKK war die einzige Organisation, die bereits damals den bewaffneten Kampf propagierte. Seit August 1984 hat sie erneut den bewaffneten Kampf in Kurdistan aufgenommen, was von allen übrigen Organisationen, die ihr ohnehin mehr oder weniger feindlich gesonnen waren, als unzeitgemäß und abenteuerlich abgelehnt wurde. In jüngster Zeit ist die PKK erneut in den Verdacht geraten, für bis zum Mord reichende Gewalttätig-

Peschmerga-Versammlung der Komele in Iranisch Kurdistan





Eine kurdische Bäuerin in Silvan wird von türkischen Polizeibeamten verschleppt und anschließend gefoltert

keiten, bis hin zum Mord gegen Mitglieder anderer Linksorganisationen, aber vor allem gegen eigene Dissidenten, verantwortlich zu sein.

Der Hintergrund dieser Auseinandersetzungen ist im allgemeinen nicht die Existenz antagonistischer ideologischer Vorstellungen. Die PKK tritt wie die meisten kurdischen Organisationen in der Türkei für einen eigenen kurdischen Staat unter Führung der Arbeiter und Bauern ein. Sie lehnt auch nicht die Zusammenarbeit mit nichtkurdischen Organisationen ab.

In der Praxis betrachtet sie sich jedoch als die einzige kämpfende Organisation und bezeichnet die übrigen in dem Maße, wie diese die PKK kritisieren, als Reformisten, Kollaborateure oder, soweit es türkische Organisationen wie die TKP oder die proalbanische Halkin Kurtuluşu betrifft, als sozialchauvinistisch. Von der Beschimpfung zum Einsatz der Waffe ist es nicht besonders weit bei einer Organisation, die aufgrund ihres militanten und bewaffneten Charakters ohnehin nicht gerade die pazifistischsten Kräfte um sich sammelt, die durch die Betonung des bewaffneten Kampfes besonders stark militärische Strukturen ausgebildet hat und die außerdem als Hauptopfer der staatlichen Repression in besonderem Maße einen Absolutheitsanspruch stellt, der nicht mehr in Frage gestellt werden darf.

Im Ergebnis ist die PKK, die trotzdem heute möglicherweise alleine so stark ist, wie die übrigen Gruppen zusammen, innerhalb Türkisch-Kurdistan von anderen Organisationen isoliert. Nachdem sie aus militärstrategischen Gründen ein Bündnis mit der von ihr als „archaisch-nationalistisch“ bezeichneten KDP-Iraks

eingegangen ist, hat sie sich mit deren irakischen Bündnispartnern – vor allem der KPI – überworfen, als sich diese nicht bereit zeigten, ihre guten Beziehungen zu den der PKK feindlichen Organisationen in der Türkei aufzukündigen. Die blutigen Auseinandersetzungen, die daraus entstanden, mögen ein Faktor gewesen sein, der zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen der PKK und der KDP beigetragen hat.

Darüber hinaus jedoch hat die KDP unter den Barzanis seit jeher ein rein instrumentales Verhältnis zum Befreiungskampf der Kurden außerhalb des Irak gehabt und auf dieser Basis nicht nur mit dem Iran zusammengearbeitet, sondern auch mit der Türkei.

Auf diesem Hintergrund ist die Meldung des PKK-Zentralorgans Serxwebûn vom November 1985 zu sehen, derzufolge es Anfang November zu einem Treffen zwischen Masud Barzani und drei Repräsentanten des türkischen Regimes gekommen sei, die die KDP – offenbar nicht ohne Erfolg – dazu bewegt hätten, ihren Teil der Grenze zur Türkei selbst zu kontrollieren, um so einen erneuten türkischen Einmarsch überflüssig zu machen. Unabhängig vom Heroismus der Kämpfer der PKK ist es unter den Bedingungen der wachsenden allseitigen organisatorischen Isolierung der Partei schwer vorstellbar, wie sie ihrem aktuellen Kampf die für eine qualitative Ausweitung zu einem späteren Zeitpunkt unter allgemein günstigeren Rahmenbedingungen notwendige Kontinuität verleihen kann. Ihr bewaffneter Kampf droht damit, anstatt Funke für einen langfristigen Volkskrieg oder gar eine gesamtgesellschaftliche Explosion zu werden, zu isolierten handstreichartigen Aktionen zu degenerieren.

Türkische Härteposition

Aber auch die anderen Parteien einschließlich der wichtigsten von ihnen – der Sozialistischen Partei Türkisch-Kurdistan (TKSP) und der Avantgardistischen Arbeiterpartei Kurdistan (PPKK) – haben noch kein überzeugendes Konzept gefunden, um aus der durch den faschistischen Putsch vom September 1980 besiegelten Niederlage der Linken in der Türkei herauszukommen.

Sie haben sich zwar mit der TKP und drei weiteren Linksparteien zur Linken Einheit (Sol Birlik) zusammengefunden (siehe AIB 12/1985, S. 39ff.) und damit einen praktischen Schritt zur notwendigen Vereinigung der linken Kräfte getan. Bislang gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, daß man im Zusammenwirken von Sol Birlik und der übrigen Linken vorangekommen ist.

Wenn diese Analyse zutreffend ist, be-

deutet die Übernahme dieser Strategie durch die kurdischen Organisationen natürlich auch, daß der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes in eine Sackgasse geführt wird, zumal gerade in der Kurdenfrage von keiner Fraktion der türkischen Bourgeoisie relevante Zugeständnisse zu erwarten sind.

Ungeachtet dieser aktuell und auf absehbare Zeit schlechten Situation des kurdischen Befreiungskampfes in der Türkei sind hier langfristig aufgrund der Zahl der Kurden, der Nichtteilnahme des überwiegenden Teils der Bourgeoisie und vor allem der traditionellen Führer (Aghas, Sheikhs) an der nationalen Bewegung sowie aufgrund der wegen des sozialökonomischen Entwicklungsstandes günstigsten Bedingungen für eine sozialistische Revolution die Voraussetzungen für eine politische und soziale Befreiung des kurdischen Volkes am günstigsten. Der subjektive Faktor entspricht allerdings den objektiven Möglichkeiten bisher in eklatanter Weise nicht.

Eine Befreiung des kurdischen Volkes – sei es in Form eines eigenen Staates oder auch nur in Form einer realen Autonomie – hat die Ausschaltung der bisher herrschenden Klasse innerhalb der kurdischen Gesellschaft, das Zurückdrängen des türkischen, arabischen und des – teils religiös verbrämten – persischen Chauvinismus sowie der imperialistischen Herrschaft über die Region zur Voraussetzung. Ein im Bewußtsein dieser Notwendigkeiten geführter Kampf für die nationale Befreiung ist damit ein bedeutender Beitrag für die sozialrevolutionäre Umgestaltung der Gesamtregion.

Literatur:

G. Chaliand (Hrsg.), Kurdistan und die Kurden, Bd.1, Reihe pogrom, Göttingen 1984, 477 S. Dieser Band mit Beiträgen verschiedener Autoren, unter ihnen aktive Teilnehmer an der kurdischen Nationalbewegung, stellt die beste Übersicht über das Problem auf Deutsch dar. In der 1. Jahreshälfte 1986 sollte ihm der 2. Band folgen, dessen Autor Ismet Cherif Vanly ist, der die aktuelle Lage thematisiert. G. Deschner, Saladins Söhne, Droemer Knauer, München 1983, 351 S. Eine mit 38 DM zwar relativ teure, aber spannend geschriebene, faktenreiche und objektive Einführung in die Geschichte und gegenwärtige Situation der Kurden.

H. Schlumberger, Durchs freie Kurdistan, Bertelsmann, München 1980, 219 S. Die Autorin reiste im Sommer und Winter 1979/80 durch die befreiten Teile iranisch Kurdistan und traf dort mit führenden Vertretern der kurdischen Nationalbewegung im Iran aber auch mit dem Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistan Iraks, Jellal Talabani, zusammen.

F. Ibrahim, Die kurdische Nationalbewegung im Irak, Klaus Schwarz Verlag, Berlin 1983, 836 S., 117 DM. Wenn diese Doktorarbeit von Ferhad Ibrahim auch nur den irakischen Teil Kurdistan thematisiert, handelt es sich hierbei jedoch aufgrund der eingehenden historischen politischen und sozialen Analyse um das zum Verständnis der aktuellen Probleme wichtigste der zur Zeit vorliegenden deutschsprachigen Bücher zum Kurdenproblem.

Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Rainer Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM



Nelson Mandela
Der Kampf ist mein Leben
Weltkreis Verlag
384 Seiten, 18,00 DM



B. Graul
Das Land denen, die es bebauen
Agrarreform in Nicaragua
Weltkreis Verlag
224 Seiten, 14,80 DM